Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 55. Montag, den 7. März 1910. 17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Industrielle Revolution.

Die moderne Industrie, schreibt Karl Marx im „Kapital", betrachtet und behandelt die vorhandene Form eines Produktionsprozesses nie als definitiv. Ihre technische Basis ist daher revolutionär, während die aller früheren Produktionswesen wesentlich konservativ war. Hand in Hand mit der Konzentration der Betriebe entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel und die Ökonomisierung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als gemeinsame Produktionsmittel kombinierter, gesellschaftlicher Arbeit. Alle diese revolutionären Vorgänge in der Produktion zielen darauf hin, die produktive Kraft zu steigern, um mit Hilfe von Naturkräften das höchste Maß von Produkten erzeugen zu können, wodurch den Kapitalisten höhere Profite erwachsen. Aber sie haben auch zur Folge, daß damit alle Vorbedingungen einer sozialistischen Produktionsweise entwickelt werden, daß überhaupt erst die Möglichkeit gegeben wird, die Menschen von Arbeit wesentlich zu entlasten, durch Verkürzung der Arbeitszeit, und trotzdem jenen Reichtum an Gütern herzustellen, der erforderlich ist, um allen Mitgliedern der Gesellschaft einen hohen Wohlstand verbürgen zu können. Heute kommt der vermehrte Reichtum durch erhöhte Güterproduktion nur einer kleinen Klasse von Menschen zugute. Aber um diesen ungerechten Zustand zu beseitigen und ein Gleichgewicht herbeizuführen, vollzieht sich auf der Basis der ökonomischen auch eine politische und soziale Revolution, die vom Proletariat getragen und deren Endresultat der Sozialismus sein wird. Bisher war es vor allem die Dampfkraft, welche die Form der Produktionsprozesses ständig revolutionierte. Jedoch das „Zeitalter des Dampfes" ist bereits überwunden, die Elektrizität, erzeugt ohne Aufwand von Kohlen — durch Wasserkräfte und in der Produktion selbst frei werdende Gase —, hat ihre Laufbahn begonnen, und wird, wie ein soeben erschienenes interessantes Buch über die Elektrizität als Triebkraft* zeigt, eine gänzliche Umgestaltung in den Produktionsformen und vor allem eine ungeahnte Entwicklung der kooperativen Form des Arbeitsprozesses zur Folge haben.

Unter der Ausnützung der Dampfkraft entwickelte sich der Großbetrieb, die Anwendung der elektrischen Energie als Triebkraft führt zu ganz neuen Zusammenschlüssen und damit zu einer ganz außerordentlichen Steigerung der Produktivkraft in der Industrie. Bisher wurde die Elektrizität zu produktiven Zwecken meistens noch in Einzelanlagen erzeugt, die nach einer Schätzung von Dettmar 5,1 Millionen Pferdekräfte lieferten, während aus öffentlichen Elektrizitätswerken in Deutschland im Jahre 1909 für feststehende Motoren erst 896 910 Pferdekräfte bezogen wurden. Sowohl der Eigenbetrieb als auch die kleineren und mittleren Zentralkraftanlagen sind aber bereits unrentabel geworden. Denn die großen Zentralkraftanlagen können selbst bei Erzeugung der Elektrizität durch Kohle die Energie um 50 Prozent und mehr billiger herstellen, als es der Einzelbetrieb oder eine kleine Kraftzentrale vermag. Die Herstellungskosten des elektrischen Stroms waren bisher viel zu groß, als daß die Entwicklung hätte rascher vor sich gehen können. Dies wird nun alles anders werden. Die Ausnützung der Wasserkräfte durch riesige Kraftanlagen, die ein ganzes Land mit Energie versorgen können, wird den Strompreis außerordentlich billig gestalten und große Umwälzungen in der Produktion bewirken. Aber auch die Errichtung der großen Elektrizitätswerke bei den Gruben wird den gleichen Erfolg erzielen. Denn auch hier wird die elektrische Kraft bereits ohne Aufwand von Kohle erzeugt. Dies geschieht nämlich durch die Ausnützung der riesigen Menge Gase, die bei der Koks- und Eisenproduktion frei werden und die, in elektrische Energie umgewandelt, den eigenen Bedarf der Betriebe weit übersteigen. Um was für gewaltige Mengen es sich da handelt, hat Dr. Hoffmann berechnet. Danach sind aus der deutschen Koksproduktion rund 600 000 Pferdestärken, aus der deutschen Eisenproduktion sogar 1 Million Pferdestärken mittels der Abfallgase zu gewinnen, wovon auf den rheinisch-westfälischen Industriebezirk 800 000 ständige Pferdestärken entfallen. Diese machen fast die Hälfte der Kraft aus, die im Jahre 1907 in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Arnsberg mittels Dampfkraft gewonnen wurde. Professor Ballod meint, man könne in Anbetracht des starken Vordringens der Gasmaschinen sogar fragen, ob wir nicht einem Zeitalter der „Dampfesdämmerung" entgegengehen. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die deutsche Eisenindustrie allein mittels des durch die Abgase erzeugten elektrischen Stroms in der Lage sei, nahezu dreiviertel Million ständige Pferdestärken an andere Industrien abzulassen, wodurch 6 bis 7 Millionen Tonnen Kohlen zu sparen seien. „Die gewonnenen 3/4 Millionen Pferdestärken entsprechen nahezu den 1,6 Millionen Pferdestärken wirklich ausgeübter Leistung der Maschinen, die in Preußen 1904 in allen Industriezweigen, abgesehen von der Bergwerks- und Eisenindustrie, überhaupt in Betrieb waren. Die außerhalb der Montanindustrie vorhandenen Maschinen sind eben noch nicht die halbe Tageszeit in Betrieb."

Die Gruben und Hüttenwerke gewinnen also bei der Herstellung ihrer Produkte, Koks und Eisen, gleichzeitig nicht nur die Kraft für den eigenen Betrieb, sondern noch mehr. Die Zeche Rheinpreußen z. B. hat über ihre fünf linksrheinischen Schächte ein gemeinsames Kabelnetz gespannt; mittels ihres Gasüberschusses vermag sie fortlaufend 17 000 Pferdestärken zu erzeugen, während der Eigenbedarf 10 000 Pferdestärken nicht übersteigt. Den Energieüberschuß gibt die Zeche an die Städte Krefeld und Homberg an. Interessant ist die Gestaltung der großen Kraftzentralen aus diesem Zustand. Das große Elektrizitätswerk in Essen hat bereits Gegenseitigkeitsverträge mit der Firma Krupp und einer großen Reihe von Gruben, dahingehend, daß diese Werke in Zeiten stärkeren Bedarfs an Strom, den die Werkzentralen nicht zu erzeugen in der Lage sind, Energie aus dem Essener Werk beziehen, während sie ihre überschüssigen Strommengen in das Netz des Essener Werkes schicken. Dr. H. Hoffmann vergleicht diesen Kraftverkehr mit dem Geldverkehr, wie ihn ein Bankhaus vermittelt, und nennt deshalb das Essener Werk einen „Elektrizitätsbankier". Die Entwickelung im rheinisch-westfälischen Kohlenbezirk treibt nun dahin, aus dem ganzen Industriebezirk eine einzige Kraftzentrale zu bilden, die alle überschüssige Kraft sammelt, um sie wieder auf das vorteilhafteste auszunutzen und von der aus die Elektrizität in alle Nachbargebiete verteilt wird. Da nicht nur private Unternehmer, sondern vor allem die Kommunen und auch der Staat sowohl als Konsumenten wie als Produzenten in Betracht kommen, so bringt diese Zentralisation gleichzeitig auch eine enge Verbindung staatlicher, kommunaler und privatkapitalistischer Produktion, deren Entwicklungsgang eine Vergesellschaftlichung der gesamten Betriebe wird sein müssen.

*) Dr. P. Gilles. Die Elektrizität als Triebkraft in der Großindustrie und die Frage der Kraftversorgung im rheinisch-westfälischen Industriebezirk. Berlin 1910. Verlag von R. Trenkel.

Politische Rundschau

Deutschland.

Der gestrige Wahlrechtssonntag.

In Berlin war die Polizei bereits in aller Frühe in fieberhafter Tätigkeit. Das Schloß war scharf bewacht. Die Übergänge nach dem Schloß waren abgesperrt. Ein ungeheueres Polizeiaufgebot stand an den Zugängen zum Treptower Park, der auf Verfügung des Polizeipräsidenten v. Jagow abgesperrt wurde. Die elektrische Straßenbahn fuhr nur bis zum Görlitzer Bahnhof. Die Demonstranten fanden sich aber nicht in dem von der Polizei erwarteten Umfang ein, denn sie hatten es vorgezogen, nachdem der Treptower Park gesperrt war, den Spaziergang im Tiergarten zu machen.

Das gewohnte Sonntagspublikum war schon um 12 Uhr mittags anwesend, als mit einem Mal durch alle Wege des Tiergartens lange dunkele Züge von Passanten kamen, die nach dem großen Stern steuerten. Ein großer Trupp Schutzleute kam durch den Reitweg vom Brandenburger Tor gesprengt, kehrte wieder um und rückte nach der anderen Seite hin. Gegen 1 Uhr ertönte das erste Hoch auf das Wahlrecht. Im Anschluß daran wurde die Marseillaise angestimmt. In diesem Moment kam ein Trupp berittener Schutzleute angesprengt, zog nach einigen Worten des Kommandierenden an die Menge blank und ritt in dieselbe hinein, die sich in die Hofjägerallee und in die seitwärts gelegenen schmalen Straßen flüchtete. Es wurden einige Frauen niedergeritten. Die Spaziergänger und das bürgerliche Publikum waren in höchstem Maße überrascht, schon beim Anblicke der Massen fing die Polizei an, nervös zu werden. Als die Menge immer höher anschwoll, kommandierte ein Polizeioffizier, und die Schutzleute forderten die Menge zum ersten, zweiten und dritten Male auf, auseinanderzugehen. Die Menge konnte dies nicht so schnell tun und so ritten die Schutzleute mit ihren Pferden in die Menge hinein und hieben mit der blanken Klinge zu. Eine Frau erhielt einen schweren Schlag auf den Arm, ein Mann über den Rücken, einer soll gestochen worden sein oder das Auge verloren haben. Parteigenossen und bürgerliches Publikum stellten den Hauptmann und die Offiziere ganz energisch zur Rede, wie sie gegen harmlose Spaziergänger in solcher Weise vorgehen können, die in ruhiger Weise vorüberziehen. Das schien einigermaßen zu wirken; denn die Nervosität der Polizei ließ etwas nach und die Umgangsformen wurden etwas milder. An anderer Stelle des Tiergartens erfolgten noch wiederholt Attacken. Am Brandenburger Tor war alles abgesperrt. Die Hochrufe verbreiteten sich über den ganzen Tiergarten. Die Zahl der Demonstranten war von verschiedenen Seiten, selbst von der Polizei, auf **150—200 000** geschätzt. Aus dem bürgerlichen Publikum konnte man die lobendsten Anerkennungen über die vorzügliche Haltung und Disziplin der Menge, sowie über die famose Organisierung dieser Aktion der Düpierung der Polizei vernehmen. Neben der Marseillaise wurde das bekannte Lied: „Wir sind die Arbeitsmänner" vielfach gesungen. In zwei Kremserwagen kamen Schutzleute angefahren, auf Rädern kam ein Trupp Schutzleute und nun wurde das Publikum von dem engeren Rundgang um den großen Stern zurückgedrängt, wo die Menge unter den Klängen der Marseillaise und unter fortwährenden Hochrufen promenierte. Vom Königsplatz hatte sich ein Trupp nach dem Reichstagsgebäude begeben, ebenso war die Siegessäule und das Denkmal am Reichstag besetzt. Unter Wahlrechtshochrufen strömten immer mehr Menschen hinzu. Am Eingang des Reichstagsgebäudes gab ein Genosse mit der roten Fahne ein Zeichen und da setzte aus vielen tausendstimmigen Kehlen der Gesang ein: „Wer schafft das Geld zu Tage". Kaum war die erste Strophe zu Ende, sprengte ein Trupp von 30 Schutzleuten vom Süden her auf die Auffahrt des Reichstagsgebäudes und trieb die Massen auseinander.

Gegen 1/2 3 Uhr, der Parole des „Vorwärts" zufolge, zerstreuten sich die Massen bis auf kleinere Trupps, die dann auf Aufforderung von Genossen ebenfalls auseinandergingen. Die Menge zog durch den Tiergarten und die Bellevuestraße, über dem Potsdamer Platz hinweg, von den Insassen vieler Droschken, Straßenbahnen und Omnibusse mit Jubel begrüßt Im Zuge wurde mit großer Heiterkeit eine weiße Fahne begrüßt, auf der die an Herrn v. Jagow gerichteten Worte standen: „Atsch, wir machen eine Landpartie".

Im Hofe des „Vorwärts"gebäudes fanden sich nachmittags etwa 1000 Demonstranten ein. Eine zündende Ansprache wurde an die Versammelten gehalten. die nach einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das Wahlrecht sich zerstreuten.

Bald darauf hielt unter dem Gesang der Marseillaise ein anderer Trupp Demonstranten seinen Einzug in den Hof. Diesmal war es eine Genossin, die eine Ansprache hielt. Auch hier kam stürmische Begeisterung zum Ausdruck.

Einen prächtigen Verlauf nahmen die Demonstrationen in Schleswig-Holstein. In Altona-Ottensen fand gestern vormittag 11½ Uhr im Freien auf einer großen Wiese eine Versammlung statt. Auf Wagen waren 4 Rednertribünen errichtet. Die Arbeitermassen kamen distriktweise unter Absingen von Freiheitsliedern aus dem ganzen Stadtgebiet an. Auf ein Zeichen begannen die Redner aller 4 Tribünen, die Genossen Carl Frohme, Thomas, Stubbe und Hoffmann zu den etwa 30 000 Versammelten zu sprechen. Zum Schluß wurde nach Annahme einer entsprechenden Resolution ein brausendes Hoch auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ausgebracht. Dann schlossen sich die Massen wieder in zwei zwanglosen Zügen und zogen durch die Straßen von Altona-Ottensen. Die Polizei war sowohl vor der Versammlung, wie während derselben und nach derselben von der Straße fast ganz verschwunden, sodaß es zu keinerlei Reibereien kam.

In Wandsbeck war auch eine Versammlung unter freiem Himmel, die eine ganz außerordentlich große Beteiligung fand, ebenso auch in Schiffbeck bei Wandsbeck.

Sonntag mittag fand in Harburg eine große Demonstrationsversammlung statt, an der ungefähr 4000 Personen sich beteiligten. Es wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der gegen die Wahlrechtsvorlage protestiert wird und die den Zusatz trägt, daß der Magistrat der Stadt Harburg für Ablehnung dieser Vorlage petitionieren soll. Darauf fand ein Demonstrationszug statt, an dem sich alle Versammlungsbesucher beteiligten. Die Polizei verhielt sich reserviert.

Im Kieler Wahlkreise fanden Sonntag nachmittag 5 Versammlungen statt, zwei unter freiem Himmel in Neumünster und Preetz. In Kiel wurden zwei

Versammlungen in geschlossenen Räumen abgehalten. In der „Waldwiese" sprach Genosse Legien vor 5000 Zuhörern. Tausende fanden keinen Einlaß. Es wurde versucht, die Versammlung in dem Garten des Etablissements abzuhalten, der Wirt verweigerte jedoch die Zustimmung, anscheinend auf höhere Weisung. Ein Demonstrationszug mit 8000 Personen verlief ruhig.

Die Demonstrationen im übrigen Preußen nahmen gleichfalls einen guten Verlauf. Wir registrieren hier raummangelshalber nur die Orte und die Zahl der Demonstranten, soweit sich nicht besondere Zwischenfälle ereignet haben. In Brandenburg demonstrierten 7—8000, in Rathenow 2000, in Görlitz 5000, in Mierkau (O.-L.) 2000, Nordhausen 3000, Mülhausen i. T. 1500, Erfurt, trotz aufgebotener Polizei und Artillerie 1800, Kassel 7000, Eilenburg 2500, Duisburg 10 000, Essen 10 000, Hagen 4000, Köln 20 000, Höchst 7000, Düsseldorf 20 000, Bochum 6000, Bielefeld 16—18 000, Geestemünde 3000, Stettin 12 000, Waldenburg i. Schl. 6—7000 und Königsberg 4000 Personen.

Im Bezirk Magdeburg fanden 53 Versammlungen statt, darunter 20 unter freiem Himmel, die sämtlich sehr stark besucht waren und ohne Zwischenfall verliefen.

In Halle demonstrierte die Arbeiterschaft in mehreren überfüllten Versammlungen. Das geplante Massenmeeting, sowie sämtliche Versammlungen unter freiem Himmel waren verboten worden. Im großen Garten und in den Sälen des „Volksparks" waren etwa 8—9000 Personen versammelt. Die Versammlungen nahmen scharfe Resolutionen gegen die Schandwahlrechtsvorlage an. Dann formulierten sich die Demonstranten zu einem Zuge, der etwa 10—12 000 Personen umfaßte und zogen durch die Stadt, zum Schauplatz der Blutszene vom 13. Februar. Der Zug hielt musterhafte Ordnung. Kurz vor dem Roßplatz wurde der Zug durch ein massenhaftes Polizeiaufgebot aufgehalten und in die Nebenstrafen gedrängt. Die Polizei war wieder ziemlich nervös, doch kam es zu keinem Einschreiten, da sich die Menge musterhaft verhielt. Überall war ein starkes Polizeiaufgebot, sogar auf den Friedhöfen. In den Kasernen war Militär in Bereitschaft gehalten. Es wurden einige Personen verhaftet, darunter Parteisekretär Genosse Reiwand. Sonst ist alles ruhig verlaufen.

In Braunschweig fand gestern mittag eine Riesenversammlung, wie sie Braunschweig noch nicht gesehen hat, unter freiem Himmel statt. Im schönen Bürgerpark hatte der Stadtmagistrat einen großen freien Platz zur Versammlung zur Verfügung gestellt, der von 20 bis 30 000 Personen besucht war. Von drei Tribünen sprachen bei herrlichem Wetter unter stürmischem Beifall die Genossen Redakteur Wagner, Antrick und Dr. Jastrow über das freie Wahlrecht. Eine Resolution für das freie Wahlrecht, durch welche auch die Parteileitung ermächtigt wurde, zu geeigneter Zeit schärfere Mittel zur Erkämpfung eines freien Reichstagswahlrechts in Anwendung zu bringen und durch die sich die Arbeiterschaft verpflichtet hat, den Anordnungen der Parteileitung Folge zu leisten, fand einstimmige Annahme. In unendlich langen Zügen ergoß sich die Menschenmenge zum Schloß in die Stadt. Da die Polizei sich passiv verhielt, verlief alles ruhig. Der Schloßhof wurde schleunigst geschlossen, als die Arbeitermassen vor dem Schlosse anlangten. Die Polizei hatte die Versammlung genehmigt, jedoch das Spazierengehen der Versammlungsbesucher nach der Versammlung in einem Aufzuge mit Fahnen und sonstigen auffälligen Abzeichen, sowie das Dekorieren des Versammlungsplatzes und der Rednertribünen verboten. Der Marsch der Massen durch die Straßen der Stadt konnte selbstverständlich nicht verhindert werden.

Reichsamt des Innern. — Marine-Etat.

Der Reichstag lebt wieder einmal in einer Aera der Dauersitzungen, unter denen naturgemäß die Berichterstattung und mehr noch die Würdigung der Vorgänge leiden muß. Nachdem am Freitag bis tief in den Abend hinein getagt worden war — u. a. hatte es noch eine Debatte über die Sperrmaßregeln beim Zarenbesuch gegeben — wobei Genosse Molkenbuhr und der Freisinnige Spethmann den Behörden gründlich heimleuchteten — begann man am Sonnabend um 10 Uhr und tagte geschlagene acht Stunden. Zunächst wurde der Rest des Delbrücketats aufgearbeitet. Es gab dabei noch ein paar recht interessante Momente. So wurde Genosse Zietzsch, der eine vortreffliche Rede über die Gesundheitsverhältnisse der Porzellanarbeiter hielt, von demselben Grafen Schwerin, der den Hahnenkampf um die Bauernseele in epischer Breite sich hatte abspielen lassen, am Reden gehindert, so sagte Genosse Dr. Südekum dem Oberzentrumsjunker Hertling, der anläßlich des Fonds über Beteiligung Deutschlands an der römischen Kunstausstellung blutige Tränen über den Sturz des scheusäligen und verruchten Bourbonenkönigtums in Neapel geweint hatte, gründlich Bescheid und beleuchtete bei einem anderen Titel die negative Reichspolitik auf dem Gebiete des Wohnungswesens. In diesem Falle trat Erzberger den Ausführungen von unserer Seite bei und fand ein paar scharfe Worte über die Grunewaldverschandelung.

Zu vorgerückter Stunde kam der Marineetat noch heran. Erster Redner war der oberschlesische Zentrumsgraf Oppersdorf, der ein paar oppositionelle Töne anschlug und speziell über die Panzerplattenpatriotenprofite einige treffende Ausführungen machte. Daran natürlich, dem Militarismus zu Wasser entgegenzutreten, denkt das Zentrum im Grunde ebenso wenig wie die Konservativen, für die der Edle Gans zu Putlitz seine Stimme erhob, und die Nationalliberalen die ausgerechnet den Flotten- und Kolonialchauvinisten Semler ins Feld schickten. Ein bedeutendes Stück oppositioneller als die Zentrumsredner (später sprach auch noch Herr Erzberger) äußerte sich der Freisinnige Dr. Leonhart, obwohl die Zeiten, da der jetzt zur Hochzeit mit der Vereinigung sich rüstende männliche Freisinn in unbedingter Opposition gegen den Marinismus stand, längst vorüber sind. Die einzige Partei, die die grundsätzliche Gegnerschaft gegen den Militarismus zu Wasser und zu Lande nach wie vor mit allem Ernst und Nachdruck vertritt, ist die Sozialdemokratie, deren Redner Genosse Südekum diesen unseren Standpunkt in ebenso sachlicher wie wirksamer Weise zum Ausdruck brachte. Unser Fraktionsredner verfehlte nicht, auf die schwere Bedrohung des Weltfriedens hinzuweisen, die in dem Treiben unserer Flottenchauvinisten liegt. Das offizielle Deutschland natürlich behauptet fortgesetzt mit dem Flottenbau nur dem Frieden dienen zu wollen, eine Behauptung, die wenn sie auch aus gutem Glauben erfolgen mag, leider anderswo keinen unbedingten Glauben findet. Um die allmählig nun schon etwas banal gewordene Phrase vom friedensliebenden Deutschland zu wiederholen, hatte sich sogar Bethmann-Hollweg in eigener Person in den sonst so gemiedenen Reichstag bemüht. Sehr unglücklich schnitt Tirpitz ab, der sich über das Verhältnis des Marineamts zur prozentpatriotischen Firma Krupp, über seine Methode der Etatsaufstellung und andere Dinge mehr auch von bürgerlichen Rednern sehr böse Dinge sagen lassen mußte. Am Montag geht die Beratung weiter.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhause.

Die zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage soll bestimmt am nächsten Freitag im Abgeordnetenhause beginnen. Die Kommission tritt zur Feststellung des Berichts bereits am Montag zusammen. Am Donnerstag soll die Plenarsitzung stattfinden, damit die Fraktionen Stellung zu den Beschlüssen der Kommission nehmen können.

Reichstagskandidatur.

Als Nachfolger des Grafen Stollberg haben die Konservativen im Wahlkreise Lyck den konservativen Landtagsabgeordneten Braemer aufgestellt. Herr Braemer ist gleichzeitig Landrat und die Konservativen sind jedenfalls der Ansicht, daß es dringend nötig ist, dem Reichstag mehr Landräte zuzuführen.

Preußische Sittlichkeitshebung.

Nach einer Berliner Mitteilung der „Frankf. Ztg." ist in Preußen vom Minister des Innern eine Ausweisung aller Ausländerinnen, die der Sittenpolizei zu schaffen machen, angeordnet worden. Sämtliche Verwaltungsbehörden sind ersucht worden, die Polizeibehörden anzuweisen, in Zukunft Reichsausländerinnen auszuweisen, bei denen die Voraussetzungen der sittenpolizeilichen Kontrolle vorliegen. Sie sollen in keinem Falle mehr einer solchen unterstellt werden. Treffen die Voraussetzungen hierfür zu, so ist ihre Ausweisung aus dem Staatsgebiet herbeizuführen. Es bedarf nicht erst der gerichtlichen Verurteilung dieser Personen, um das Vorhandensein solcher Voraussetzungen zweifelsfrei darzutun. Wohnen die Eltern oder Vormünder solcher minderjährigen Ausländerinnen im Inland, so soll zunächst die Hilfe der Angehörigen in Anspruch genommen werden, ehe eine Ausweisung erfolgt. Unter Umständen soll aber erwogen werden, ob etwa auch die Eltern eines solchen Mädchens als lästige Ausländer auszuweisen sind. Es hätte dies dann zu geschehen, wenn sie es sich nicht ernstlich angelegen sein lassen, ihre Tochter zu einem ordentlichen Lebenswandel zurückzuführen. Die Reichsausländerinnen, die der sittenpolizeilichen Kontrolle schon unterstellt sind, werden alle ausgewiesen.

Damit wird zwar den Inländerinnen, die auf gleichen Pfaden wandeln, die Konkurrenz erleichtert, aber für die Sittlichkeit selbst wird damit blutwenig gewonnen sein. Für die armen Betroffenen bildet die Ausweisung aber eine drückende Härte.

Die Angst vor der Sozialdemokratie.

In immer kürzeren Intervallen melden sich bürgerliche Politiker, die zum Zusammenschluß gegen die Sozialdemokratie auffordern. Die Angst vor den nächsten Wahlen beherrscht offenbar alle bürgerlichen Parteien und so werden die Mahnrufe immer dringlicher und ängstlicher, alle Differenzen zu begraben und sich zusammenzuschließen zu einem großen Bunde gegen die gefürchtete Sozialdemokratie. Jetzt nimmt der freikonservative Reichstagsabgeordnete Arendt im „Tag" das Wort, um gegen die „Politik des Hasses" sich zu wenden und der „Politik der Vernunft" das Wort zu reden. Er knüpft, wie alle die bürgerlichen Unglückspropheten, die zur Rüstung gegen die Sozialdemokratie mahnen, an die Finanzreform an und beschwört den Liberalismus, der bisher eine „Politik des Hasses" verfolgt habe, vernünftig zu werden und die „Hetze gegen die Reichsfinanzreform" aufzugeben. Der Liberalismus stützt sich ohnedies nur noch auf die Intellektuellen. Die kämen aber als geschlossene Partei kaum in Frage. Er fährt dann fort:

„Bleiben die Dinge bis zu den nächsten Reichstagswahlen, so ist eine vernichtende Niederlage der bürgerlichen Linken unvermeidlich. Zu wessen Gunsten? Nicht zugunsten der Konservativen, die nur wenig Mandate von den Liberalen erobern können, sondern zugunsten der Sozialdemokraten, denen die meisten liberalen Sitze zufallen werden, und damit des Zentrums, das durch die sozialdemokratische Verstärkung wieder zur alleinausschlaggebenden Partei im Reichstage werden wird.

„Lieber den Sozialdemokraten als den Zentrumsmann", „Lieber den Sozialdemokraten als den Liberalen", „Lieber den Sozialdemokraten als den Agrarier", so tönt es von allen Seiten, und die Genossen freuen sich schmunzelnd der Verblendung, die ihnen hüben und drüben die Wege ebnet.

Die Sozialdemokratie, das ist der Feind!

Das unbedingte Zusammenstehen gegen diese verderbliche Partei ist die ernsteste unerläßlichste Pflicht aller übrigen Parteien. Wer der Sozialdemokratie direkt oder indirekt Vorschub leistet, der mag sich ihr zugesellen. Hier ist die Grenzlinie, wo sich die Geister scheiden.

. . . . Die nächste Wahlschlacht entscheidet vielleicht über die Verfassung des Deutschen Reiches. Jedes sozialdemokratische Mandat — und nur die Sozialdemokratie, nicht Herr v. Oldenburg ist eine wirkliche Gefahr — bringt uns dem Umsturz näher, gleichviel ob er von unten oder von oben kommt, wir brauchen eine Politik der Vernunft, einen Großblock gegen die Sozialdemokratie. Wird das deutsche Volk noch rechtzeitig hierzu heranreifen?"

Der Sozialdemokratie kann es nur recht sein, wenn wirklich dieser Großblock zustande kommen sollte. Ihr Weizen wird auch dann blühen, da sich zweifellos wirklich Liberale mit Ekel und Abscheu von einer Partei abwenden würden, die gemeinsame Sache macht mit den Volksausplünderern und Dunkelmännern. Deren Stimmen werden nur ihr zugute kommen.

Maßregelung von beamteten Wahlrechtsgegnern.

Die Vereinigung von Beamten im öffentlichen und privaten Dienst zu Magdeburg, kurz Beamtenwahlverein genannt, sprach sich kürzlich energisch gegen die preußische Wahlrechtsvorlage aus. Verschiedene Redner protestierten dagegen, daß die Beamtenschaft aus der Bürgerschaft herausgehoben und mit einem Sonderwahlrecht bedacht werde. Unter den Rednern befanden sich Staatsbeamte, deren Namen durch die Referate der Zeitungen über die Versammlung bekannt wurden. Diese sind nun von ihren vorgesetzten Behörden darüber vernommen worden, wer die betreffenden Äußerungen getan habe.

Noch ein Protest.

Dem Breslauer Stadtverordnetenkollegium lagen von sozialdemokratischer und freisinniger Seite Anträge auf Absendung einer Resolution gegen die preußische Wahlreform vor. Die Anträge wurden, nachdem die Konservativen und Klerikalen den Saal verlassen hatten, mit allen gegen eine Stimme angenommen. Oberbürgermeister Bender erklärte auf Anzapfung des einzigen noch anwesenden konservativen Redners, er sei nicht berufen, in einer internen Angelegenheit der Stadtverordnetenversammlung einen Rat zu geben.

Deutsch-russische Junkerpolitik.

Die „Kreuzzeitung", die ihre Informationen über Rußland gewöhnlich aus der ihr am nächsten stehenden reaktionären russischen Junkerpresse schöpft, hatte vor kurzem über einen Artikel in irgend einem echtrussischen Pogromistenblättchen berichtet, in dem die von den Echtrussen eifrig propagierte Rückkehr zu einem Bündnis mit Deutschland empfohlen wurde. Wie das Petersburger Kadettenblatt „Retsch" nun mitteilt, wurde diese Mitteilung in der sogenannten „Fürsten-Korrespondenz", zu deren Klienten Kaiser Wilhelm selbst gehört, mit dem Zusatz nachgedruckt, daß man in der russischen Presse eine Reihe Artikel in demselben Sinne erwarten könne."

Wenn es schon außerordentlich charakteristisch ist, welchen Artikeln in der russischen Presse eine große Bedeutung beigemessen wird, so zeigt der Hinweis auf eine Reihe von Artikeln, die man in der echtrussischen Presse erwarten kann, welche feine Fäden sich zwischen Berlin und Petersburg hinziehen. Ob das Ansehen des Deutschen Reiches durch diese Intimität mit der russischen Pogromistenpresse und ihren Inspiratoren gewinnen wird, ist eine andere Frage.

Die Polen und die Wahlreform.

Auch die polnische Fraktion im preußischen Landtag äußerte sich zugunsten einer demokratischen Reform des preußischen Wahlrechts. Einer ihrer Führer, Fürst Radziwill, fühlte den Skandal des preußischen Wahlrechts so lebhaft, daß er an der Protestversammlung des freisinnig-nationalliberalen Mischmaschs vom letzten Sonntag in Berlin teilnahm. Angesichts dieser Tatsachen gilt es nachzuweisen, daß die demokratischen Allüren der hoch und niedrig geborenen Herren aus der polnischen Fraktion eitel Schwindel sind. Das Gnesener Polenblatt „Lech" war genötigt, festzustellen, daß die führenden politischen Kreise der Polen an keine Aktion zugunsten der Wahlreform denken: „Die Apathie der polnischen Gesellschaft in dieser hochwichtigen Frage hielten wir — schrieb das Blatt — für sehr verfehlt, und wir wandten uns an die kompetenten Kreise mit dem Appell, die polnische Gesellschaft zu bewegen, sich doch der sehr wichtigen Sache anzunehmen und Wählerversammlungen zwecks Klarlegung unseres Standpunktes einzuberufen. Unsere Stimme fand leider keinen Widerhall."

Daß dies den Verrat der polnischen nationalen Sache bedeutet, ist den Herren klar, weil sie doch sehr gut wissen, daß die nationale Unterdrückung der Polen mit der Herrschaft der preußischen Junkerreaktion fällt. Aber sie nehmen diese Unterdrückung gern mit in den Kauf, da sie fürchten, daß das gleiche Wahlrecht auch die Sklaven der polnischen Junker, die Landarbeiter und das Hofgesinde, aufrütteln würde.

Noch eine weitere sehr wichtige Sache steht dabei für die polnischen Junker auf dem Spiele. Sie gerieren sich bekanntlich gern als Anhänger demokratischer Reformen, weil sie wissen, daß die Junker diese Reformen im Keime ersticken. Das gleiche Wahlrecht würde auch diesem demokratischen Operettenspiel, auf dem ein Teil der Macht der polnischen Junker beruht, ein Ende machen. Sie werden sich also hüten, die Massen zum Wahlrechtskampf aufzurufen.

Es zeigt sich auch hier wieder, daß die nationale Phrase wie Schaum zerstiebt, sobald sie mit den materiellen Interessen zusammenstößt. Genau so wie die preußischen Junker stets den Patriotismus im Mund führen und sich aus „nationalen" Gründen als Polenfresser aufspielen, und doch die Polen, Russen und Galizier ins Land ziehen — von wegen der niedrigen Arbeitslöhne! — genau so spielen sich die polnischen Admiralskis und Schnapshanskis als Deutschenfresser auf, und tun doch alles, um die deutsche Zwingherrschaft in den polnischen Provinzen aufrecht zu erhalten. Beide, die polnischen wie die preußischen Junker, sind Holz vom gleichen Stamm und sie lächeln sich im geheimen zu, während sie offiziell große Donnerreden gegeneinander halten. Sie wissen, daß die wahre Zwingherrschaft, unter denen die polnischen Provinzen Preußens leiden, ihre eigne, die junkerliche ist, und daß dieses infame System am selben Tage erschüttert wäre, wo dem polnischen Proletariat politische Rechte und politische Einsicht erstünden.

Um das Erbe des Grafen Stolberg.

Im Reichstagswahlkreis Lyck-Johannisburg dürfte es allem Anschein nach bei der Ersatzwahl zu einem schweren Kampf unter den bürgerlichen Parteien kommen. Die Nationalliberalen, die bisher noch garnicht im Kreise hervorgetreten sind, haben in der Person des Gutsbesitzers Kochan, der im Kreise ansässig ist, einen eigenen Kandidaten aufgestellt.

Bei der vorigen Wahl entfielen auf den Grafen Stolberg 20 343 Stimmen gegen 429 sozialdemokratische und 16 freisinnige. Nachdem die Freisinnigen im Jahre 1908

schon einmal 3463 Stimmen erhalten hatten, dürften wahrscheinlich auch sie mit einem eigenen Kandidaten auf dem Plan erscheinen. Damals sind auch für den sozialdemokratischen Kandidaten bereits 1260 Stimmen abgegeben worden. Sicher ist jedenfalls, daß eine nicht unbeträchtliche Stimmenverschiebung bei der diesmaligen Wahl in die Erscheinung treten wird.

Eine Reminiszenz.

Der Oberbürgermeister Cuno in Hagen hat bekanntlich im Anschluß an die Verfügung des Landrats von Hagen alle Versammlungen unter freiem Himmel in Hagen verboten. Daß auch in Preußen Bürgermeister, die mit Polizeigewalt ausgestattet und in der Handhabung der Polizeigewalt völlig unabhängig von den staatlichen Behörden sind, anders handeln können, zeigt ein Vorgang aus dem Jahre 1893:

Als damals in Westfalen ein Bergarbeiterstreik ausbrach, verboten die Landräte und die Bürgermeister der Städte Dortmund, Bochum und Gelsenkirchen auf Grund des preußischen Landrechts sämtliche Bergarbeiterversammlungen, sodaß Streikversammlungen im ganzen Revier überhaupt nicht abgehalten werden konnten. Eine Ausnahme davon machte die Stadt Essen. Der dortige Oberbürgermeister Zweigert schloß sich dem Vorgehen seiner Kollegen und der Landräte nicht an, sondern gestattete jede Versammlung. Und als er im Organ der Kohlenjunker, der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" dieserhalb scharf angegriffen wurde, kehrte er den Spieß um und kennzeichnete in öffentlicher Stadtverordnetensitzung die Machinationen gegen ihn. Hierbei schnitt namentlich der damalige Syndikus des Bergbaulichen Vereins, Dr. Reismann-Grone, recht schlecht ab, denn derselbe hatte den Oberbürgermeister sogar auf der Straße gestellt und ihm mit der Ungnade der Zechengewaltigen gedroht. Man vergleiche damit die zarte Rücksichtnahme des Bürgermeisters und freisinnigen Reichstagsabgeordneten Cuno in Hagen, der, um einen, wenn auch nur gesellschaftlichen Konflikt mit dem ihm gleichgestellten Landrat zu vermeiden, das Versammlungsrecht mit Füßen tritt. Was sagt übrigens der freisinnige Wahlrechtsausschuß, was sagt die Reichstagsfraktion dazu, was sagen die Wiemer und Naumann zu einem solchen Reichstagskollegen?

Die Schweinefleischpreise

stehen im Kleinverkehr fast allgemein noch höher als im Vorjahre. In Liegnitz z. B. stellt sich der Durchschnittspreis für Schweinefleisch in der ersten Hälfte des Februar d. Js. auf 1,79 Mk. pro Kilogramm gegen 1,48 Mk. im Vorjahr; er geht also über den damaligen um 31 Pfg. hinaus. Koblenz, das die nächstgroße Steigerung aufzuweisen hat, hat einen Preis von 1,80 Mk. gegen 1,60 Mk. im Vorjahre; das Plus beträgt 29 Pf. Recht stark ist auch die Differenz, die der Schweinefleischpreis in Paderborn zeigt: 1 Kilogramm kostete im Februar d. Js. 1,66 Mark, das sind 23 Pf. mehr als 1909, wo es nur 1,43 Mark kostete. Flensburg verzeichnet dieses Jahr einen Preis von 1,60 Mk., während es vergangenes Jahr einen solchen von 1,39 Mk. hatte. Die Steigerung beläuft sich also auf 21 Pf. In Posen beläuft sich der Preis für Schweinefleisch pro Kilogramm auf 1,58 Mk.; er betrug im Vorjahre 1,38 Mk., ist also um 20 Pf. höher als damals. Mit stärkeren Preisdifferenzen seien noch folgende Städte genannt: in Breslau stellte sich der Preis auf 1,72 Mk. oder um 19 Pf. höher als 1909, in Graudenz auf 1,40 Mk. oder um 18 Pf. höher, in Kottbus auf 1,62 Mark oder um 17 Pf. höher und in Tilsit endlich auf 1,54 Mk. oder ebenfalls um 17 Pf. höher. Den niedrigsten Schweinefleischpreis weist Memel mit 1,38 Mk. auf, den höchsten Frankfurt a. M. mit 2 Mk.

Zum Bahnbau im Fürstentum Lübeck.

h. Bereits dem vorigen Landtag gingen Petitionen zu, die Ostseebäder des Fürstentums Lübeck durch geeignete Eisenbahnverbindungen zu erschließen. Der Landtag beschloß damals, die Staatsregierung zu ersuchen, die Erschließung der Ostseebäder durch Herstellung geeigneter Bahnverbindungen zu fördern, ohne jedoch zur Linienführung irgendwie Stellung zu nehmen. Seitdem haben sich mit der Angelegenheit weite Kreise des Fürstentums beschäftigt und da nach Orts- und Verkehrsverhältnissen die Interessen verschieden sind, so treten mit der Möglichkeit der Ausführung eines größeren Projektes auch die Gegensätze mehr und mehr hervor. Dem Landtag sind nun eine ganze Reihe von Petitionen zugegangen, die sich für und gegen die verschiedenen Projekte aussprechen.

Im Vordergrund der Projekte steht die Linie Schwartau-Ostseebäder-Neustadt, deren Finanzierung gesichert scheint und zwar, ohne daß man bisher eine finanzielle Beteiligung des Staates ins Auge gefaßt hatte. Der Eisenbahnausschuß des Landtages ist allen Projekten näher getreten und bezüglich der Bahn Lübeck-Schwartau-Neustadt der Ansicht, daß, wenn für dies Projekt sich die Situation so besonders günstig gestaltet hat, dies wohl weniger auf den Lokalverkehr, welchen die Bäder mit sich bringen werden, als vielmehr auf den Durchgangsverkehr und auf die Handelsinteressen der Stadt Lübeck zurückzuführen ist. Der Ausschuß legt Wert darauf, hervorzuheben, bei Verwirklichung dieses Projektes ohne finanzielle Beteiligung des Staates, bei der Konzessionserteilung für eine befriedigende Berücksichtigung des Lokalverkehrs Sorge zu tragen.

Der Westen und Norden des Fürstentums steht dem Projekt weniger freundlich gegenüber. Die Stadt Eutin petitioniert vielmehr für eine Bahn Pansdorf-Scharbeutz-Timmendorferstrand-Niendorf, die aber selbst nach den Petenten nicht als rentabel angesehen wird und lediglich als Zubringer in Betracht kommt. Niendorf selbst hält diese Bahn für wertlos, weil 90 Prozent der Badegäste von Hamburg kommen und die direkten Schnellzüge Lübeck-Travemünde benutzen.

Ein weiteres Projekt ist die Bäderbahn Pansdorf, die vier Bäder berührend und in Gleschendorf wieder einmündend. Diese beiden Strecken haben wohl auf irgendwelchen Durchgangsverkehr nicht zu rechnen. Der Personenverkehr, der fast allein in Betracht kommen wird, dürfte außer der Saison recht gering sein. Der Eisenbahn-Ausschuß ist der Ansicht, daß mit einer solchen Bahn den Bädern kaum gedient sein wird.

Als Kompensation für die Bahn Schwartau-Neustadt wird eine Zweigverbindung Hasskrug-Busendorf in einer weiteren Petition gefordert. Von dieser Bahn wird eine Belebung des Verkehrs Eutin mit der holsteinischen Schweiz erwartet. Ob diese Bahn gleichzeitig mit dem Bahnbau Schwartau-Neustadt zur Ausführung kommen kann, wird die Zukunft lehren. Zur Vorbedingung darf nach dem Ausschußbericht die Lösung dieser Frage gegenüber dem Hauptprojekt Schwartau-Neustadt nicht gemacht werden.

Der Eisenbahnausschuß kommt in seinem dem Plenum des Landtags erstatteten Bericht zu dem Schluß, daß, wolle man den Ostseebädern des Fürstentums Lübeck gründlich helfen, so sei die Linie Lübeck-Schwartau-Neustadt allen anderen Linien vorzuziehen.

Die Regierung hat zu den besprochenen Projekten bisher keine Stellung genommen, weshalb diese Petitionen der Regierung als Material überwiesen werden.

Ein weiteres Bahnprojekt von besonderer Bedeutung ist der Bau einer Bahn von Travemünde nach Niendorf. Die Ortschaft Niendorf petitioniert um einen Staatszuschuß zum Bau obiger Bahn. Da nun aber ein gleiches Gesuch an die Regierung nicht gerichtet war, konnte diese keine Erklärung abgeben und fehlte es dem Landtage an besonderen Unterlagen zur Verfolgung der Sache, der man jedoch sympathisch gegenüber stand. Um die Angelegenheit weiter zu fördern, überwies der Landtag die Petition der Regierung zur Prüfung.

Sache der interessierten Kreise wird es nun sein, die Bahnbauprojekte zum Abschluß zu bringen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 7. März.

Achtung, Stukkateure und Hilfsarbeiter! Wegen Differenzen ist die Firma Fr. Faber, Lübeck, für Stukkateure und Hilfsarbeiter gesperrt.

Achtung, Maurer und Bauhilfsarbeiter! Über die Bauten der Firma Torkuhl in Kücknitz (Zwischenmeister Mädel und Behrens) ist die Sperre verhängt worden. Kein organisierter Maurer und Bauhilfsarbeiter darf dort Arbeit annehmen.

Trinkt kein Lütjenburger Bier und Schnaps! Weil sich die Brauereiarbeiter der Firma D. H. Voll, Lütjenburg, organisierten, wurden sie ausgesperrt. Arbeiter meidet das Bier und den Schnaps des Herrn D. H. Voll, Lütjenburg.

Eine sehr gut besuchte Versammlung der Lithographen und Steindrucker beschäftigte sich am Sonnabend mit den Differenzen der Chemigraphen bei der Firma C. Coleman. Anlaß dazu gab die Kündigung des Vorsitzenden der hiesigen Zahlstelle, welcher mit seinen Kollegen zusammen eine Erhöhung der bis jetzt bezahlten niedrigen Löhne verlangte. Allgemein wurde scharf verurteilt, daß Herr Coleman, der sich doch bei jeder Gelegenheit als Freund der Arbeiter hinstellt, Kollegen, welche schon über 5 Jahre im Betrieb stehen und laut Abgangsbescheinigung zur Zufriedenheit der Firma arbeiteten, wegen einer Lohnzulage, die bei den jetzigen teuren Verhältnissen wohl berechtigt ist, auf das Pflaster wirft. Der Hauptgrund ist jedoch wohl in der Tätigkeit des Vorsitzenden zu suchen, die der Firma schon längst nicht mehr genehm ist. Das Verhalten der anderen zwei Chemigraphen, welche sofort auf diese offene Maßregelung die Kündigung einreichten, wurde allgemein anerkannt. Ein Antrag aus der Versammlung, zu der Verbandsunterstützung aus lokalen Mitteln einen Zuschuß bis zu der Höhe des seither bezogenen Lohnes zu gewähren, wurde einstimmig angenommen.

Die Bedeutung der Revisionsinstanz. Es herrscht noch große Unkenntnis über die Bedeutung der Revisionsinstanz. Viele Leute sind der irrtümlichen Ansicht, daß in dieser Instanz ebenso wie in der Berufungsinstanz die Prozeßsache von neuem verhandelt wird. Andere wissen zwar, daß dies nicht der Fall ist, sondern wie sie sich auszudrücken pflegen, ein Formfehler vorliegen muß; sie sind aber völlig im unklaren darüber, welcher Art ein solcher Formfehler sein muß. Wenn man eine richtige Vorstellung von der Bedeutung und Wirkung der Revisionsinstanz in Zivil- und Strafprozessen gewinnen will, ist es vor allem nötig, sich klar darüber zu werden, daß das Revisionsgericht an die tatsächlichen Feststellungen, die der Vorderrichter getroffen hat, gebunden ist. Beweisanträge werden somit in der Revisionsinstanz nicht zugelassen, ebensowenig Ausführungen, die sich auf rein tatsächlichem Gebiete bewegen. Es muß vielmehr dem Revisionsgerichte nachgewiesen werden, daß das Gericht, dessen Urteil mit dem Rechtsmittel der Revision angefochten wird, das Gesetz in bezug auf prozessuale Bestimmungen oder materiellrechtliche Vorschriften verletzt hat. Eine prozessuale Vorschrift wäre beispielsweise verletzt, wenn das Gericht die Beweisaufnahme in gesetzlich unzulässiger Weise beschränkt hätte, eine materiellrechtliche Vorschrift dann, wenn es irrtümlicherweise infolge falscher rechtlicher Schlußfolgerungen aus dem von ihm festgestellten Tatbestande eine Gesetzesbestimmung unrichtig anwenden würde, so z. B. Diebstahl annähme, obgleich der strafrechtliche Tatbestand der Unterschlagung vorliegt. Wenn die Revision bei dem Oberlandesgericht verhandelt wird, also wenn es sich um ein Urteil handelt, das die Strafkammer in der Berufungsinstanz erlassen hat, kann die Revision nur auf Verletzung materiellrechtlicher Vorschriften gegründet werden. Hat die Revision Erfolg, so wird die Sache, sofern von dem Revisionsbericht nicht ohne weiteres auf Freisprechung erkannt wird, in die Vorinstanz zurückverwiesen. Hier wird sie von neuem verhandelt, und es können dann selbstverständlich tatsächliche Ausführungen gemacht und Beweisanträge gestellt werden.

Schwankende Gesundheit. Die Gesundheitsverhältnisse sind in der dritten Februarwoche vom 13. bis 19. im allgemeinen dieselben geblieben wie in der Vorwoche. Die Sterblichkeit ist in einzelnen Städten etwas gefallen, in anderen um eine Kleinigkeit gestiegen. Auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet betrug sie von den deutschen Städten mit mindestens 70 000 Einwohnern in Aachen 14,2, Altona 13,7, Augsburg 17,1, Barmen 10,5, Berlin 13,8, Bochum 17,5, Bonn 18,7, Borbeck 10,1, Braunschweig 11,6, Bremen 13,3, Breslau 19,8, Charlottenburg 11,1, Chemnitz 13,0, Danzig 18,6, Darmstadt 14,5, Dortmund 17,1, Dresden 15,1, Deutsch-Wilmersdorf 8,3, Duisburg 16,4, Düsseldorf 13,3, Elberfeld 13,6, Erfurt 9,9, Essen 11,7, Frankfurt a. M. 11,6, Freiburg i. B. 17,5, Flensburg —, Frankfurt a. O. —, Fürth —, Gera —, M.-Gladbach Gleiwitz —, Gelsenkirchen 16,9, Görlitz 12,2, Hagen 11,9, Halle a. S. 16,8, Hamborn 13,6, Hamburg 14,5, Harburg —, Hannover 14,3, Heidelberg —, Karlsruhe 16,3, Kassel 9,0, Kiel 13,6, Köln 12,4, Königsberg i. P. 19,0, Kaiserslautern —, Königshütte 16,3, Krefeld 12,5, Koblenz —, Leipzig 14,4, Linden 13,8, Liegnitz —, Lübeck 18,7, Ludwigshafen 11,4, Magdeburg 12,5, Mainz 11,4, Mannheim —, Metz 20,0, Mülhausen i. E. 15,6, Mülheim a. d. R. 15,8, München 16,8, Münster 13,6, Nürnberg 16,2, Offenbach 12,5, Plauen i. V. 13,1, Posen 17,1, Remscheid 8,2, Rixdorf 10,0, Saarbrücken 14,7, Schöneberg 10,0, Spandau 13,2, Stettin 13,4, Straßburg i. E. 15,9, Stuttgart 16,1, Wiesbaden 13,6, Würzburg 25,2, Zabrze 23,7, Zwickau 16,5.

Straßensperre. Wegen vorzunehmender Straßenbauarbeiten wird die Kupferschmiedestraße vom Montag, dem 7. März ds. Js. ab auf die Dauer von 6 Tagen für den Fuhrwerksverkehr gesperrt sein.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Dienstag gehen die beiden Opern „Cavalleria rusticana" von Mascagni und „Der Bajazzo" von Leoncavallo zum letzten Male in Szene. — Für Mittwoch befindet sich als letztes Gastspiel des Hofschauspielers Karl Gube die Tragödie „Uriel Acosta" von Karl Gutzkow (ausnahmsweise bei ermäßigten Mittwochs-Preisen) in Vorbereitung.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Morgen Dienstag, abends 8 Uhr, geht Goethes Schauspiel „Iphigenie auf Tauris" in Szene.

Hamburg. Zeppelin in Hamburg. Im Bootshause des Norddeutschen Regattavereins fand Sonnabend nachmittag unter dem Vorsitz des Prinzen Heinrich die Sitzung des Arbeitsausschusses für die arktische Luftschiffexpedition statt, an der teilnahmen Graf Zeppelin, Professor Hergesell, Geheimrat Lewald, Geheimrat v. Friedländer, Professor v. Drygalski-München. Es wurde beschlossen, das Reichsamt des Innern um Überlassung des Reichsforschungsdampfers „Poseidon" auf die Dauer von 2 bis 2½ Monaten zu bitten. Die Expeditionsteilnehmer wollen am 1. Juli auf einem Touristendampfer des Norddeutschen Lloyd von Bremerhaven nach Spitzbergen abreisen und dort auf den „Poseidon" übergehen. Gleichzeitig sollen mit dem gecharterten norwegischen Eisschiff „Phönix" Vorstöße in das Packeis gemacht werden zum Studium der Bedingungen für Luftschifflandungen. Die Rückreise wird Ende August erfolgen.

Neumünster. Ein schweres Brandunglück ereignete sich Freitag abend im Hause des Kaufmannes Siesbüttel in der Joachimstraße. Dort wollte das 16jährige Dienstmädchen Frieda Schneider einen brennenden Petroleumofen vom Parterre nach der ersten Etage bringen. Auf der Treppe kam das Mädchen zu Fall und ließ den Ofen los. In demselben Augenblick setzten die Flammen die Kleider des Mädchens in Brand und im Nu bildete die Unglückliche eine Feuersäule. Bei den Bemühungen, die Flammen zu löschen, trugen auch Siesbüttel und Frau erhebliche Brandverletzungen davon. Das Mädchen ringt mit dem Tode. Das Treppenhaus konnte gerettet werden.

Kiel. Das Marinekriegsgericht verurteilte den Bootsmannsmaaten Karl Schultze von der 1. Matrosendivision wegen Straßenraubes zu zwei Jahren Gefängnis, zur Degradation und zur Entfernung aus der Marine. Er hatte in der Nacht zum 19. Dezember v. J. gemeinschaftlich mit dem Maschinenschlosser Karnohl im Zentrum der Stadt den Kaufmann Grundmann überfallen und ihm 130 Mk. geraubt. Da er noch völlig unbestraft ist, billigte ihm das Gericht mildernde Umstände zu, sodaß er vor dem Zuchthause bewahrt blieb.

Kiel. Wie die Kaiserliche Werft ihren Betrieb reformiert. Schon während des Werftprozesses hieß es, daß der Betrieb der fiskalischen Werte reformiert werden solle. Das geschieht jetzt, allerdings in einer für die Arbeiterschaft höchst befremdenden Art. Bis zum 1. März wurden zum Beispiel die Arbeiten auf dem Kohlenhofe der Kieler Werft von der Unternehmerfirma Ihms u. Graf ausgeführt, jetzt hat die Werft es selbst übernommen, die Verladung der Kohlen zu besorgen. Anstatt nun aber dazu Leute zu dirigieren, die noch im rüstigen Mannesalter stehen, werden aus allen möglichen Betrieben Leute genommen, die schon ein Menschenalter auf der Werft beschäftigt waren und nun nicht mehr so können, wie sie sollen. Unter anderen hat man 10 Tischler und etwa 40 Zimmerer, darunter solche von 70, ja 72 Jahren zu der schweren Arbeit beordert. Wenn sie nicht auf ihre letzten Lebenstage ihr bißchen Brot verlieren wollen, müssen die Veteranen sich jetzt mit der Kohlenkarre abrackern. — Doppelselbstmord. Von der Besatzung des Bülker Feuerschiffes wurde gestern morgen ein treibendes Boot geborgen, in dem sich eine durch einen Schuß ins Herz getötete Frau und ein durch drei Schüsse schwerverletzter Mann befanden. Nach den bisherigen Ermittelungen handelt es sich um eine Frau Miers und einen Arbeiter Dürkopp, beide aus Flensburg, die beschlossen hatten, ihrem Leben ein Ende zu machen.

Güstrow. Schwurgericht. In erster Sache wurde am Sonnabend unter Ausschluß der Öffentlichkeit gegen das Dienstmädchen Agnes Trettin aus Ziegenort wegen Kindestötung verhandelt. Die Angeklagte wurde unter Zubilligung mildernder Umstände zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, vier Monate Untersuchungshaft kamen in Anrechnung. — In zweiter Sache hatten sich der Schmiedemeister Heinrich Gertz aus Tiebensee und der Landmann Stanislaus Jaworenski aus Vitonia wegen räuberischer Erpressung zu verantworten. Die Geschworenen bejahten die Schuldfragen auf einfache Erpressung und es wurden verurteilt Gertz zu zwei Monaten und Jaworenski zu fünf Wochen Gefängnis.

Schwerin. Polizeistaat Mecklerburg. Von einem nahe der pommerschen Grenze gelegenen Großherzoglichen Domanialamte ist an den Gemeindevorsteher folgender Ukas ergangen:

„Zur Kontrolle der sozialdemokratischen Bewegung und zur Erlangung eines Überblicks über den Fortschritt bezw. Rückgang der genannten Partei wollen Sie dem Amte binnen 10 Tagen mitteilen, ob in Ihrem Gemeindebezirk ein besonderer Fortschritt oder Rückgang der Bewegung zu beobachten ist, in welcher Weise die Agitation für die Partei durchgeführt wird und ob nach Ihrer Wahrnehmung die politischen Ereignisse des letzten Jahres, insbesondere die Durchführung der Reichsfinanzreform bezw. die mecklenburgischen Verfassungsverhandlungen irgend welchen Einfluß auf die politische Gesinnung der dortigen Bevölkerung gehabt haben."

Wir leben also, wie auch dieses Schriftstück wieder beweist, noch immer im Polizeistaat, wo die Bureaukratie die politische Bewegung glaubt kontrollieren zu müssen. Aber das bewußte großherzogliche Amt kann von uns die Versicherung hinnehmen: Beides, die volksauswuchernde „Finanzreform" sowie die volksaufreizenden Verhandlungen über die mecklenburgische Verfassungsreform, können nur dem Fortschritt der Sozialdemokratie die Wege ebnen und haben das wirklich besorgt, so daß wir diesbezüglich ganz zufrieden sind.

Bremen. Zu einer machtvollen Demonstration gegen Schulunterdrückungspolitik und Lehrermaßregelungen gestaltete sich die am Freitag abend nach dem größten Lokale Bremens, dem „Casino", einberufene öffentliche Volksversammlung, die von über 3000 Personen besucht war. Viele Hunderte mußten umkehren. Der aus dem Dienst gemaßregelte Lehrer W. Holzmeier referierte über das Thema: „Warum ich nicht mehr Volksschullehrer sein darf, Genosse Henke über „Schule und Proletariat". In einer einstimmig angenommenen, geharnischten Resolution fanden die Ausführungen beider Redner prägnanten Ausdruck. Nach Schluß der Versammlung schloß sich der größte der Teilnehmer, 2500 an der Zahl, zu einem Demonstrationszuge

zusammen und zog vor die Wohnung des Senators Dr. Heyer in der Richard Wagnerstraße, wo Pfuirufe gegen denselben und Hochrufe auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ausgebracht wurden. Auch wurden in dem Zuge, der sich dann nach dem Markt begab, Freiheitslieder gesungen. Erst nach 12 Uhr nachts zerstreute sich die Menge. Es war eine großartige Demonstration, die hoffentlich auch dem Senat zu denken geben wird! Die Nachricht bürgerlicher Blätter, daß die Namen der Lehrer, die den Glückwunsch an Bebel unterzeichnet haben, dem Senat durch eine Indiskretion bekannt geworden seien und daß schon einer derselben kurzerhand aus dem Dienst entlassen sei, bestätigt sich nicht.

Bürgertafel.

Zu lübeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landamt angenommen:

Bote Barten. Arbeiter Beese in Moorgarten. Schriftsetzer Becker. Arbeiter Behrens. Kaufmann Bockhagen. Arbeiter Bornemann. Photograph Brandt. Brauereireisender Brinckmann. Schlosser und Maschinenbauer Bruhn. Hotelbesitzer Brügmann in Travemünde. Zimmergeselle Deichen in Israelsdorf. Privatmann Ehlers in Russe. Arbeiter Fischer. Prokurist Frank. Senatssekretär Regierungsrat Dr. jur. et phil. Geister. Arbeiter Groth. Maurer und Bauunternehmer Hack. Chausseewärter Harz. Buchdruckergehilfe Heinzius. Arbeiter Hermann. Tierarzt Heyck. Prickmeister Koop. Arbeiter Koschny. Handelsgärtner Köhler. Malermeister Krauthammel. Güterbodenarbeiter Kurt. Arbeiter Langhans. Güterbodenarbeiter Langpap. Arbeiter Liebsch. Agent Lindenberg. Hilfsarbeiter bei der Landes-Versicherungsanstalt der Hansestädte Lüttgens. Malergeselle Meier. Mechaniker Meier. Schuhmacher Meier in Sirksrade. Ober-Postsekretär Molkau. Zimmergeselle Möller. Zimmergeselle Pötzsch. Kapitän Prestin. Schlachtermeister Rahlf. Arbeiter Rehsöft. Schuhmachergeselle Rohde. Vorarbeiter Rönnpag. Zimmergeselle Saß in Fronsforde. Kaufmann Sauermann. Arbeiter Schnoor. Arbeiter Schwarz. Pantoffelmachergehilfe Stamer. Zimmergeselle Stamer. Tischlergeselle Steen. Weichensteller Steffen. Obergärtner Steinhoff. Schlachter und Fleischwarenhändler Weigle. Arbeiter Wilms. Händler Winkelmann. Arbeiter Wulfram.

Sie haben am 29. Februar 1910 vor dem Senate den Bürgereid geleistet.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 5. März.

Bauern-Butter Pfd. 1,20—1,55 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,50 Mk., Hasen — — — Mk., Enten 3,00—3,50 Mk., Hühner 2,00—2,70 Mk., Küken Stck. — — — Mk., Tauben Stück 0,55—0,65 Pf., Gänse Pfd. —0,75 Mk., Allckgans 2 Mk., Schinken Pfd. 1,00—1,10 Mk., Schweinskopf Pfd. 55—65 Pfg., Wurst Pfd. 1,10—1,40 Mk., Eier 9 u. 10 Stück 60 Pfg., Heringe 3 St. 10 Pfg., Dorsche genlig., Süßwasserfische genlig. Karpfen Pfd. —1,00 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1—2 Mk., Schleie Pfd. 1,40—1,60 Mk., Brachsen — Pfg., Hechte Pfd. 70—80 Pf., Barsche Pfd. 70—80 Pfg., Aal Pfd. 1.00 Mk. Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genlig. Blumenkohl, d. Kopf 0,20—0,50 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. — Mk., Kirschen Pfd. — Pfg., Kartoffeln pr. 10 Pfund 45—65 Pf., Aland Pfd. — Pfg.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 5. März.

Bericht der offiziellen Notierungs-Kommission.

Auftrieb 5800 Schweine. Der Handel war langsam. Überstand — Stück. Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 66,— bis 68,— (58,00 bis 54,50) Mk. Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 65,— bis 66,— (52,00 bis 58,00) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 64,00 bis 65,— (— bis 50,50) Mk. Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 64,00 bis 65,00 (50,— bis 50,50) Mk. Geringere Ware, Tara 24 Proz., 58,00 bis 62,50 (44,00 bis 47,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 62,50 bis 64,00 (50,50 bis 51,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 57,50 bis 61,50 (45,— bis 48,00) Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

:: Komitee- und Kommissionssitzungen ::

H. T. V.

Vorstandssitzung Dienstag abend 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus.

Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein.

Nachruf.

Am 3. März starb unser treues Mitglied

Friedrich Gressmann.

Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

Zweigverein Lübeck.

Zu vermieten per sofort oder zum 1. April mehrere **Zwei- und Dreistubenwohnungen** im Preise von 220 bis 300 Mk.
Näh. Kottwitzstraße 48, part. rechts.

Zu sofort oder später 1 abgeschl. **Etage,** 3 Zimmer und Zubehör Ratzeburger Allee 25 b.

Ein leeres Zimmer zu vermieten
Glandorpstraße 27, II.

Gesucht tüchtige
Arbeiterinnen.
August Schuhmacher,
Ernestinenstraße 3.

Suchen so bald wie möglich
einen Dirigenten.
Schriftliche Angebote unter **A 10** an **H. Schulz**
Trems bei Lübeck.

1 Herren- u. 1 Damenrad
billig zu verkaufen
Tremskamp 8, I.

Eine Drossel
mit oder ohne Bauer billig zu verkaufen Werderstraße 23, pt.

Empfehle meinen
Rasier-, Frisier- u. Haarschneide-Salon.
Gute und saubere Bedienung.
Rasieren 10 ₰, Haarschneiden 30 ₰.
Otto Gerwinsky, Friseur,
Dornestr. 43a.

Gesunde Stachel- u. Johannisbeerbüsche billig zu verkaufen
Schützenstraße 20 a.

60 Stück Gasdüsen zu verkaufen
Loignystraße 15, I.

Tapeten
neueste Muster, reichhaltige Auswahl
Billige Restpartien.
Hafen-Drogerie
Georg Bornhöfft,
Untertrave 44/45.
Tapetenkleister fix und fertig zum Gebrauch.

Uhren u. Goldwaren
Trauringe 333 u. 585 gest.
anerkannt billig bei
Ernst Gentzen, Uhrm.,
Königstr. 62, b. d. Hüxstr.
Gebe rote Rabattmarken

Es ist **Tatsache,** daß ich die meisten **Verlobungsringe** an meine **Arbeiter-Kundschaft verkaufe.**
G. Greutzfeldt, Goldschm., **Sandstr. 4.**

Adolf Hübner Uhrmacher u. Goldarbeit., Fünfhaus. 18

Feinste Eßkartoffeln,
5,50 Mk., hochfein gelbkochende **Magnum bonum, französ. und Gesellschaftskartoffeln,** billig, frei Haus. **Wiederverkäufern Ausnahmepreise.**
C. Heese, **L. Jacobsen Nachfl.** Meierstr. 26. Tel. 1440.

Salon-Briketts, 100 Pfd. 1 Mk., frei Haus 1.10 Mk., **Hartkoks,** 20/30, 100 Pfd. 1.40 Mk., frei Haus 1.50 Mk., gesiebte **Nußkohlen, Steinkohlen,** 100 Pfd. 1.30 Mk. Bestellungen werden prompt ausgeführt.
C. Prestin, Wickedestraße 33.

Friedr. Meyer & Co.
Buchhandlung
Johannisstraße 46 Johannisstraße 46
Telephon 926
empfiehlt folgende Schriften:

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek in einzelnen Heften à	20 Pf.
Alkoholfrage und Sozialdemokratie v. E. Wurm	30 „
Die Mutter als Erzieherin	50 „
Der Kampf der Arbeiter v. A. Pannekook	20 „
Sozialdemokratische Flugschriften à	10 „
„ **Agitationsbibliothek** à	20 „
Sozialistische Literatur v. P. Lensch	15 „
Klassengegensätze im Zeitalter d. franz. Revolution	35 „
Die neuen Reichssteuern v. Ed. Bernstein	30 „
Lebensmittelzölle und indirekte Steuern, wer sie zahlt und wem sie nützen	10 „
Die Währungsfrage v. M. Schippel	15 „
Das kommunistische Manifest	20 „
Zum Achtstundentag v. A. Braun	20 „
Hochverratsprozeß Liebknecht v. d. Reichsgericht	50 „
Die Urteile d. Disziplinargerichte gegen **Dr. K. Peters**	40 „
Ein katholischer Pfarrer als Sozialdemokrat	10 „
Schule, Kirche und Arbeiter	15 „
Die jugendlichen Arbeiter und ihre Organisation	20 „
Knute und Bombe v. E. Klaar	30 „
Die Frau und der Sozialismus v. A. Bebel, gebunden	250 „
Der Pfaffenspiegel v. Corvin geh. 4 Mk. od. in 10 Lief. à	30 „
Internationale Bibliothek, sämtliche Bände.	
Bibliothek des praktischen Wissens: Rechte und Pflichten des Mieters 20 Pf., Rechte des Angeklagten 50 Pf., Erbrecht u. Testamente 75 Pf., Ehe- u. Familienrecht 75 Pf., Die Kunst der Rede 1 Mk., Das Vormundschaftsrecht 75 Pf., Das Recht des unehelichen Kindes 75 Pf.	
Führer durch das Krankenkassengesetz	30 „
„ **durch das Invalidenversicherungsgesetz**	25 „
„ **durch die Strafprozeßordnung**	40 „
„ **durch das Gewerbe- und Kaufmannsgericht**	25 „
„ **für den Militärpflichtigen**	30 „
„ **durch das Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirtschaft**	25 „
„ **durch das Bau-Unfallversicherungsgesetz**	25 „
Aberglaube aller Zeiten v. W. Fischer	50 „
Evangelium eines armen Sünders v. Weitling	80 „
Johannes Huß v. H. Lommel	25 „
Die Freimaurerei v. Sassenbach	30 „
Der Schwindel der klerikalen Arbeiterpolitik	35 „
Tyrannenmord nach der Lehre der kathol. Kirche	50 „
Sozialdemokratisches Liederbuch	40 „
Sturmlieder vom Meer v. Clara Müller	100 „
Gekrönte Häupter 25 Hefte, jedes für sich abgeschlossen à	20 „
Reclams Universal-Bibliothek à	20 „
Die soziale Bedeutung der Genossenschaften von Dr. Fr. Oppenheimer	50 „
Sozialliberalismus und Kollektivismus v. E. Bernstein	50 „
Im Gefängnis, Judenmassakre, Geld etc. v. M. Gorki	30 „

In freien Stunden, Der wahre Jakob, Süddeutscher Postillon, Die Gleichheit, Die neue Zeit
sowie viele andere Lieferungswerke von wissenschaftlichem Wert.

Nicht aufgeführte Werke werden auf Bestellung baldigst geliefert.

Zur Konfirmation
empfehlen
Gesangbücher in div. Preislagen, Konfirmationskarten in gr. Auswahl.
Letztere auch durch unsere Kolporteure zu beziehen.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Drenske's Stiefel in allen Formen.

Willi Westfehling
Uhrmacher und Juwelier
40 Holstenstr. 40
Passende Geschenke zur Konfirmation.

Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Lübeck.

Die nächste Versammlung findet Sonnabend, 12. März, statt.

Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maschinisten u. Heizer

Oeffentliche
Versammlung
Dienstag, 8. März,
abends 8½ Uhr
bei **J. Martens, Böttcherstr. 18.**
Thema: **Aus dem 16. Jahrhundert im Vergleiche zur heutigen Zeit".**
Referent: **E. Rusch,** Gauleiter.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
(Distrikt Schlutup.)

Mitglieder-Versammlung
Dienstag, 8. März,
abends 8½ Uhr
im Lokale des Herrn **Freese.**
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.
3. Sommervergnügen.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Distriktsleitung.

Hansa-Theater
Täglich 8¼ Uhr.
Noch nie dagewes. Lacherfolg erzielt allabendlich die übertolle Burleske
Lübeck
auf
Stelzen
mit **Willy Agoston** als **Quasslich.**
Vorher: **Das glänzende Spezialitäten-Programm.**

Stadthallentheater.
Dienstag, 8. März. 8 Uhr.
Iphigenie auf Tauris.
Schauspiel von Goethe.
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei **Nagel,** Markt 14 und **Rod,** Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater.
Dienstag, 8. März. 7½ Uhr.
Voll-Ab. 149. Dienstag-Ab. 25.
Zum letzten Male.
Cavalleria rusticana.
Oper von Mascagni.
Hierauf: **Der Bajazzo.**
Oper von Leoncavallo.
Mittwoch, 9. März. 7½ Uhr.
Ermäßigte Mittwoch-Preise.
Letztes Gastspiel des Herzgl. Sächs. Hofschauspielers Karl Grube vom Hoftheater in Weimar.
Uriel Acosta.
Tragödie von Karl Gutzkow.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 55. Montag, den 7. März 1910. 17. Jahrg.

Der Reichsverbandsgeneral als Zahlen-Jongleur.

Der Reichsverbandsgeneral Liebert ist durch seinen Beruf genötigt, sich mit den verschiedensten Dingen zu befassen, und, wenn es sein muß, sich zu blamieren. Auf jeden Fall gehören die großen Glasindustriellen Bopelius, Heye, Siemens usw. zu den hervorragenden Geldgebern des Verbandes und verlangen nun auch, daß der General so redet, wie sie es vorschreiben. Vor einigen Jahren sollte Liebert eine Rede im Reichstage halten, in der gesagt wurde, daß die Glasarbeiter unglaublich hohe Löhne verdienen. Liebert kam nicht mehr zum Wort. Um aber das von der Glasberufsgenossenschaft erhaltene Manuskript nicht verderben zu lassen, wurde es gedruckt und als Flugblatt verbreitet. Unsere Genossen bewiesen darauf an den Zahlen der Berufsgenossenschaft, daß Lieberts Zahlen in recht krassem Gegensatz zu den tatsächlichen Verhältnissen stehen. Um nicht wieder in ähnlicher Weise hineinzufallen, wurde die Sache jetzt anders gemacht. Liebert mußte behaupten, daß Arbeiterschutz deshalb nicht in der Glasindustrie durchgeführt werden könne, weil die Glasfabrikanten die Arbeitslöhne um 35 Proz. erhöht haben. Sie haben also die drohenden Schutzbestimmungen durch Lohnerhöhung abgelöst. Eine Lohnerhöhung von 35 Proz. ist gewiß sehr schön. Wie führt nun Liebert für die zahlenden Großindustriellen den Beweis? In seiner Rede sagt Liebert: „Im Jahre 1896 waren es 65 291 Arbeiter und im Jahre 1907 ist diese Zahl auf 85 636 gestiegen. Und erst die Löhne haben eine erhebliche erfreuliche Steigerung erfahren! Sie sind von 47 182 020 Mk. auf 78 530 964 Mk. gestiegen. (Hört, hört! rechts.) Das heißt also, die Steigerung der Zahl der Arbeiter ist von 1 zu 1,31 vor sich gegangen, die Löhne dagegen haben sich von 1 zu 1,66 um 35 Proz. erhoben."

Das ist ein hübsches Zahlenspiel, mit dem man sehr leicht das Publikum, auf welches der Reichsverband spekuliert, verblüffen kann. Man sollte sich aber hüten, solche Zahlenkunststücke im Reichstage vorzuführen, weil man dort weiß, welchen Wert diese Zahlen haben. Jeder Gesetzgeber und auch wohl General Liebert weiß, daß die Zahlen von 1896 ganz andere Bedeutung haben als die von 1907. In beiden Fällen hat Liebert von seinen Auftraggebern den Befehl erhalten, nicht die wirklich gezahlten Löhne, sondern die anrechnungsfähigen Löhne zu nennen. Angerechnet wurden nach dem Unfallversicherungsgesetz von 1884 für jeden Arbeitstag höchstens 4 Mk. voll und von dem Überschuß ein Drittel. Diese Bestimmung wurde auf Antrag der Sozialdemokraten 1900 dahin abgeändert, daß von dem Jahresarbeitsverdienst 1500 Mk. voll und von dem Überschuß ein Drittel gerechnet wird. Nehmen wir einmal an, daß ein Arbeiter bei einer gut gelohnten Arbeit, die er häufig unterbrechen muß, täglich 8 Mk. verdient, wobei er aber nur an 200 Tagen im Jahr arbeiten kann, also im Jahre 1600 Mk. verdiente, welcher Jahresverdienst kommt hier in Anrechnung?

a. Nach den 1896 geltenden Bestimmungen kamen in Anrechnung

200 mal 4 Mark =	800	Mk.
und 200 mal ⅓ von 4 Mark =	266⅔	Mk.
Also anrechnungsfähiger Jahresarbeitsverdienst	1066⅔	Mk.

b. Nach der Novelle vom 30. Juni 1900, also nach der 1907 geltenden Rechnung

1500 Mk. Jahresverdienst voll =	1500	Mk.
⅓ von 100 Mk. =	33⅓	Mk.
Anrechnungsfähiger Jahresarbeitsverdienst	1533⅓	Mk.

Hier ist also der anrechnungsfähige Lohn um 466⅔ Mk., also um 44 Proz. gestiegen, ohne daß der Arbeiter nur einen Pfennig mehr erhält.

Eine zweite Ursache der Steigerung der anrechnungsfähigen Löhne ist seit 1896 eingetreten. Für die Arbeiter, deren Lohn niedriger ist als der auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes festgesetzte ortsübliche Tagelohn gewöhnlicher Tagearbeiter, muß dieser angerechnet werden. Nun sind in vielen Gemeinden mit Rücksicht auf die Verpflegungssätze in den Krankenhäusern diese Lohnsätze erhöht worden, um die Krankenkassen zu zwingen, höheres Krankengeld zu zahlen. In jedem Ort, wo das eingetreten ist, sind infolgedessen auch die anrechnungsfähigen Löhne schlecht bezahlter Glasarbeiter in die Höhe gesetzt, ohne daß die Arbeiter nur einen Pfennig mehr erhalten.

Daß diese Änderungen eingetreten sind, weiß wohl jeder Parlamentarier, und doch wagt Herr Liebert, derartige Zahlenkunststücke im Reichstage vorzuführen.

Dieser Fall zeigt wieder einmal, wie die Reichsverbändler mit den Tatsachen umspringen. Wenn das schon der Kommandeur des Reichsverbandes so macht, wie mögen es dann erst seine Angestellten treiben!

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, den 5. März 1910.

49. Sitzung. Vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

Etat des Reichsamts des Innern.

Beim Titel „Beitrag zu den Kosten einer Anstalt für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit" (40 000 Mark) erklärt

Dr. Arendt (Rpt) die Summe für viel zu niedrig; es ließe sich vielleicht ermöglichen, sie zu erhöhen.

Zietsch (SD.): Diese Anregung kann ich nur unterstützen, umsomehr als Deutschland in bezug auf die Säuglingssterblichkeit mit an erster Stelle steht. Im Jahre 1906 betrug die allgemeine Sterblichkeit in Deutschland 3,9 Proz., die der Säuglinge 29,2 Prozent. Dabei geht der Geburtenüberschuß in Deutschland bereits seit einer Reihe von Jahren zurück. (Hört, hört! bei den Soz.) Bisher hat man den Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit den Gemeinden und Einzelstaaten überlassen. Von letzteren aber geschieht herzlich wenig. Von den Städten stehen Stuttgart und Charlottenburg an erster Stelle bezüglich der Bekämpfung derselben. Man darf aber auch nicht vergessen, daß die Kommunen vor immer größere soziale Aufgaben gestellt werden, und daß ihre Mittel durch die allgemeine wirtschaftliche Lage, welche eine Folge unserer unglücklichen Steuerpolitik ist, in immer steigendem Maße in Anspruch genommen werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Auch ist neben der praktischen Arbeit eine wissenschaftliche Zentralstelle notwendig. Hier hat nun das Kaiserin-Augusta-Viktoriahaus Bahn zu brechen versucht, aber es ist für das Deutsche Reich nicht gerade rühmenswert, der privaten Initiative den Vortritt zu überlassen. Diese Anstalt, die ein hohes soziales und kulturelles Bedürfnis erfüllen will, ist darauf angewiesen, ihren Etat mühselig zu balancieren. Alle Parteien werden darin einig sein, daß der Reichszuschuß erhöht werden muß. Die Regierung sollte aber in Erwägung ziehen, ob nicht an die Gewährung eines höheren Zuschusses in irgend einer Form die Kontrolle des Reiches geknüpft werden kann. Ich setze kein Mißtrauen in die Leitung der Anstalt, aber der Gedanke muß gefördert werden, daß sie überhaupt am besten in die Hände des Reiches übergehen sollte. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Auch eine Mutterschaftsversicherung muß ins Auge gefaßt werden und ferner bedürfen die Schutzgesetze für die gewerblichen Arbeiterinnen in Zeiten der Mutterschaft und Schwangerschaft einer Erweiterung. (Zustimm. b. d. Soz.) Notwendig ist auch eine reichsgesetzliche Regelung der Überwachung der privaten Säuglingspflege. Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, daß sogar der Staat die bei ihm angestellten Beamtinnen, Lehrerinnen usw. außer Amt setzt, wenn sie Mutter werden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Verfehlungen gegen das keimende Leben werden mit drakonischen Strafen belegt. Aber ruhig sieht der Staat zu, wie fortwährend gegen das bestehende Leben infolge unsozialer und unhygienischer Zustände gefrevelt wird. (Sehr wahr!) Die Hauptursachen der Säuglingssterblichkeit liegen in der Ernährungsweise. Deshalb haben verschiedene Gemeinden bei der Volkszählung die Frage der Säuglingsernährungsweise als eine Nebenfrage aufnehmen wollen, sind dabei aber dem Widerstand der preußischen Regierung begegnet, ein äußerst kurzsichtiger, unklüger und schädlicher Standpunkt! (Sehr wahr! bei den Soz.) Es wäre zu wünschen, daß die Reichsregierung einen Druck auf die preußische Regierung ausübt, um diesen Widerstand zu brechen. (Es darf bei den bisherigen Zuständen nicht bleiben. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

v. Richthofen (K.) hält ebenfalls eine beträchtliche Erhöhung des Reichszuschusses für angebracht.

Bassermann (NL.): Auch wir erkennen die Bedeutung der Säuglingsfürsorge an und bitten einstimmig eine Resolution zu beschließen, die von der Regierung die Erhöhung des Titels verlangt.

Doormann (FVpt.) und Graf Oppersdorf (Z.) schließen sich dem Vorredner an.

Staatssekretär Dr. Delbrück: In der Würdigung der hohen kulturellen Bedeutung der Säuglingsfürsorge bin ich mit den Herren Vorrednern einig. In erster Linie ist sie aber Aufgabe der Kommune. (Sehr richtig! rechts.) Ob die wissenschaftliche Zentralstelle, deren Notwendigkeit ich anerkenne, als Reichsinstitut oder als selbständige Anstalt unter einem gewissen Einfluß des Reiches ihre Aufgabe am besten erfüllt, darüber bin ich mir noch im Zweifel.

Der Titel wird bewilligt. Die Abstimmung über die Resolution Bassermann soll in der dritten Lesung erfolgen.

Bewilligt wird ferner der Titel „Deutsches Museum in München" (350 000 Mk.), nachdem der Abg. Müller-Meiningen (FVpt.) „Im Namen des bayrischen Volkes" den Dank für die hochherzige Unterstützung ausgesprochen hat.

„Zur Förderung der Erforschung und Bekämpfung der Tuberkulose" werden 100 000 Mk. verlangt.

Zietsch (SD.): Die Tuberkulose ist recht eigentlich die Berufskrankheit der Porzellan- und Steingutarbeiter. Die Untersuchungen von Dr. Sommerfeld über die Verhältnisse in der Königlichen Porzellanmanufaktur im Jahre 1898 ergab, daß 50,2 Proz. der Arbeiter an den Atmungsorganen erkrankt waren. Seitdem hat die Porzellanindustrie einen großartigen Aufschwung genommen, aber die sanitären Verhältnisse sind jedenfalls nicht besser, wenn nicht sogar schlechter geworden. Bei dem Aufschwung der Unternehmungen hätte für die Gesundheit der Arbeiter mehr getan werden müssen.

Präsident Graf Schwerin: Diese ganz allgemeinen Ausführungen über die Tuberkulose bei den Porzellanarbeitern gehören nicht zum Titel, sondern eher zum Kapitel „Gesundheitsamt".

Zietsch (SD.) verwahrt sich gegen diese Auffassung; seine Ausführungen seien eine Begründung für die von ihm gewünschte Erhöhung des Titels. Beim Kapitel „Gesundheitsamt" ist mir durch Debatteschluß das Wort abgeschnitten worden. Immerhin aber wird der Herr Präsident zugeben, daß meine Ausführungen auch zum gegenwärtigen Titel noch besser passen, als die Hahn- und Bauerndebatte zum Titel „Staatssekretär" paßte. (Lebh. Zust. b. d. Soz. Zuruf b. d. Antis.: Frechheit!)

Präsident Graf Schwerin bleibt bei seiner Auffassung und ruft den Abg. Zietsch, der seine Ausführungen fortsetzt, zur Sache.

Zietsch (SD.): Dann behalte ich mir vor, meine Ausführungen in der dritten Lesung des „Gesundheitsamts" zu machen.

Der Titel wird bewilligt.

Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland.
Autorisierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän C. von Sarauw.

(31. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Er traf den alten Hausarzt zu Hause in seinem Lehnstuhl mit einer Zeitung in der Hand.

„Ei, ei! Ist der Herr Professor heimgekehrt? Willkommen mein Junge, wie geht es Dir?"

Der Doktor Rhode sagte „Du" zu den Kindern des Ministers, die er hatte heranwachsen sehen.

Johann beantwortete die freundliche Anrede nicht, sondern fragte kurz und atemlos: „Was fehlt Christine?"

„Wie? Christine?" fragte der Doktor und nahm die Brille ab; „ach, Du meinst die da unten in der Portierwohnung. Hast Du sie gesehen?"

„Ja."

„Nun ja, dann weißt Du auch, was ihr fehlt," sagte der alte Doktor ernst; „es ist einer der bösesten Fälle, die mir vorgekommen sind. Wie es scheint, war sie für die Ansteckung ganz besonders empfänglich —"

„Aber wer? Von wem hat sie es denn bekommen?" Johann Bennechen war leichenblaß geworden, und der Schweiß perlte ihm auf der Stirn.

„Warum nimmst Du Dir das so zu Herzen, mein lieber Junge?" fragte der Arzt, der den Zusammenhang zu erraten begann; „natürlich hat sie es von ihrem Manne. Er hat zweimal im Hospital in der Abteilung für Hautkranke gelegen, der alte Esel; hast Du das nicht gewußt? Sieh her — hier hab' ich ihn im Protokoll!" und der Doktor fing an, in einem dicken Buch, das auf dem Schreibtisch lag, nachzuschlagen.

„Und das haben Sie gewußt und nicht gesagt! Schämen Sie sich, Doktor Rhode, das war eine Gemeinheit von Ihnen!" Johann stand da mit geballten Fäusten.

„Mein lieber Junge! Das tut mir deinetwegen leid!" erwiderte der Alte, „wärst Du hier gewesen, so hätte ich es Dir als Kollege gesagt. Aber Du weißt doch selber, daß, wenn man von allem erzählen wollte, was man von solchen Dingen weiß, viele Ehen verhindert würden — ganz davon abgesehen, daß man sich selbst die Praxis verderben würde. Und überdies schien es mir damals, daß die Sache Deinen Vater mehr anginge als mich —"

„Wollen Sie nun obendrein noch insinuieren, daß mein Vater darum gewußt hätte! O, Sie sind ein alter Zyniker — das sind Sie immer gewesen!" Johann Bennechens gutmütige Augen funkelten vor Zorn, als er dies sagte, und dann eilte er, ohne Abschied zu nehmen, fort.

„Der arme Junge!" sagte der alte Doktor und nahm seine Zeitung wieder vor, „er hat all sein Lebtage Malheur gehabt."

Johann Bennechens Bekannte waren darüber einig, daß sein Aufenthalt im Auslande ihn zum Sonderling gemacht habe. Er besuchte keinen, war nie zu Hause, nahm auch seine Praxis nicht wieder auf. Aber des Nachts oder am späten Abend konnte man ihn mit aufgeschlagenem Rockkragen auf der Straße wandernd antreffen — vorzugsweise in der Nähe der Wohnung des Ministers. Deshalb glaubte man, er besuchte oft seine Eltern.

Aber im elterlichen Hause bekam man ihn ebenfalls nicht zu sehen. Den ganzen Tag strich er in den äußersten Stadtteilen umher und erst wenn es zu dunkeln begann, näherte er sich dem Ort, um den alle seine Gedanken kreisten.

Eines Abends begegnete Johann Doktor Rhode, als dieser sich zu Christine begeben wollte.

„Komm mit hinunter; Du kannst mir behilflich sein —" sagte der Alte, welcher ihre letzte Begegnung ganz vergessen zu haben schien.

Johann ging mit; es war ihm unmöglich, dem Verlangen, in ihre Nähe zu kommen, zu widerstehen.

Christine fuhr zusammen, als sie ihn sah. Der Doktor aber legte die Hand auf ihren Arm und sagte fast gerührt: „Jetzt keine Ziererei, mein liebes Kind! Das Leben ist Ihnen schwer genug gewesen; seien Sie froh, wenn nun schließlich noch ein Lichtstrahl hinein fallen kann. Und so viel ich zu ersehen vermag, kann all das Glück, daß Euch zusammen zu genießen noch beschieden ist, nur darin bestehen, daß Sie sich von ihm während der Zeit, die Ihnen noch übrig bleibt, pflegen lassen. Schüttet nun einander Eure Herzen aus, Kinder!"

Mit diesen Worten ging „der alte Zyniker", aber Johann Bennechen lag lange am Bette auf den Knien und erzählte ihr aus vollem Herzen.

Zuerst verstand sie ihn nicht; je länger er aber sprach, um so mehr schwand die Unmöglichkeit, immer klarer ward ihr alles, immer stärker erschloß sich ihr Inneres, und während eine Träne nach der anderen auf die Kissen fiel, brach die unterdrückte Liebe durch, ergoß sich berauschend warm über ihre Seele und erhob sie aus dem elenden vergifteten Leibe in eine Seligkeit, von der sie nie geträumt hatte.

Sie vergaß das „Sie" und all die feinen Worte, die sie gelernt hatte, und fand ihre alte, treuherzige Bauernsprache wieder, indem sie ihm erzählte, wie alles zugegangen war und ihn bat, ihr zu verzeihen, daß sie ihn so wenig verstanden.

Und sie verzichen einander und ließen die ganze Vergangenheit fahren, um in ihrer Liebe „die Zeit, die ihr noch übrig blieb", zu leben.

Von diesem Tage an übernahm Doktor Bennechen Christinens Pflege. Seine Mutter sah ihn forschend an, als er dies erzählte, und er konnte es nicht lassen, sie eben so scharf zu beobachten. Es gewährte ihm aber eine große Erleichterung, daß Frau Bennechen in teilnehmendem Tone sagte: „Die arme Christine! Ich befürchte nur, daß sie sich die böse Gicht dort unten geholt hat; ich las neulich, daß es so ungesund sei, in einem Keller zu wohnen."

Christine und Johann nannten, wenn sie unter sich waren, niemals Mohs Namen, und Onkel Andreas gab sich alle Mühe, dem Doktor Bennechen aus dem Wege zu gehen.

Sie sprachen überhaupt nicht viel. Wenn er für ihre Pflege gesorgt und alles, was in seinen Kräften stand, zur Linderung ihres Zustandes getan hatte, so hatte sie es gern, daß er sich dicht aus Bett setzte. Dann lag sie still und sah ihn an, aber sie hatte es nicht gern, daß er sie ansah, obgleich er hoch und teuer versicherte, sie habe sich in seinen Augen wenig verändert.

Christine hatte dieselbe Scheu vor dem Krankenhause, die beim gemeinen Mann so eingewurzelt und so wohl begründet ist. Zuletzt aber gab sie den Überredungen des Doktors nach, sich ins Hospital bringen zu lassen.

Beim Titel „Beteiligung des Reiches an der Internationalen Kunstausstellung in Rom 1911“ (80 000 Mk.) begründet.

Liebermann von Sonnenberg (WV.) eine Resolution auf gleichmäßige Beteiligung der beiden großen Künstlerverbände an der Prüfungsjury.

Staatssekretär Delbrück warnt vor Annahme der Resolution. Parteilichkeit brauche man nicht zu fürchten.

Freiherr von Hertling (Z.) beklagt, daß die Gedächtnis-Ausstellung, nicht allein an die Einigung Italiens von 1861, sondern auch an die ihm sehr unliebsamen revolutionären Ereignisse jenes Jahres erinnern. (Lachen links.) Redner schilt unter dem Beifall der Rechten und des Zentrums auf die demokratische Stadtverwaltung Roms, da aber sogar Österreich an der Gedächtnisfeier sich beteilige, so könne man sich schließlich auch beteiligen. Indem er seine Abneigung gegen die Sezession bekundet, bittet Redner die Resolution abzulehnen.

Dr. Südekum (SD.): Wir stimmen der Resolution zu, weil wir alle Kunstrichtungen als gleichberechtigt anerkannt sehen wollen. Die gewundenen Erklärungen des Freiherrn von Hertling lassen sich nur daraus erklären, daß das Zentrum als Regierungspartei den Kredit nicht gut verweigern kann. Sonst möchte schon das Zentrum dem Gedächtnis des Jahres 1861 und der zu seinen Ehren veranstalteten Ausstellung die Unterstützung versagen. (Heiterk. und Sehr gut! links.) Wir unsererseits freuen uns der Taten, die Anlaß gaben zu dieser Gedenkfeier und bewilligen den Titel mit Vergnügen. Die Einigung Italiens war nur möglich nach dem Sturz der blutigen Bourbonenherrschaft in Neapel, und niemals werden die kühnen Taten des Empörers Garibaldi aus der italienischen Geschichte zu löschen sein. Die Freiheitskämpfer jener Zeit sind ein glänzendes Vorbild für alle Völker! (Lebh. Bravo! b. d. Soz.)

Die Position wird bewilligt, die Resolution abgelehnt.

Der ordentliche Etat des Reichsamts des Innern ist damit erledigt.

Im außerordentlichen Etat werden 4 Millionen zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen für Arbeiter und kleine Beamte der Reichsbetriebe gefordert.

Jäger (Z.) und Dr. Weber (NL.) treten für Förderung der Wohnungsfürsorge ein. Letzterer regt die Erhöhung des Fonds an.

Dr. Südekum (SD.): Das Reichsamt des Innern hätte bedenken sollen, daß die Verminderung dieses Fonds einen schlechten Eindruck macht. Die Organe, welche die Hausbesitzerinteressen vertreten, haben denn auch mit Jubel darauf hingewiesen, daß das Reich mehr und mehr davon abzukommen scheine, die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter zu verbessern. Uns liegt daran, daß eine solche Meinung nicht aufkommt, sondern daß der Reichstag einmütig der Regierung empfiehlt, für die Wohnungsbeschaffung der Arbeiter des Reiches möglichst viel aufzuwenden. Redner kommt auf die Verschandelung des Grunewalds zu sprechen: Stück für Stück wird die Umgebung Berlins der privaten Bodenspekulation überlassen, und es werden in einer Zone, die nur als Erholungsstätte des Volkes, als Lunge der Großstadt einen Wert hat, die unerhörtesten Bodenpreise geschaffen. Der gegenwärtige Landwirtschaftsminister und seine Räte werden dem Fluche späterer Generationen nicht entgehen. (Lebh. Sehr richtig! links.) Das Reich hat die Verpflichtung, hier einzugreifen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Angesichts dieser Verhältnisse ist die Zurückschraubung dieses Fonds nur um so mehr zu beklagen. (Lebhaftes Bravo! bei den Soz.)

Staatssekretär Delbrück versichert, daß das Reich stets die Ehrenpflicht erfüllen werde, für gute Wohnungen seiner Beamten und Arbeiter zu sorgen.

Dove (FVg.) bedauert die Verminderung der Fonds und spricht gegen das Hausbesitzerprivileg in den Kommunen, welches das Haupthindernis sozialer Kommunal- und Wohnungspolitik ist. (Lebh. Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Erzberger (Z.) schließt sich den Ausführungen Dr. Südekums über das Versagen des Reiches in der Wohnungsfrage an. Das Hausbesitzerprivileg sei besonders deshalb zu verurteilen, weil die Hausbesitzer durchweg gleichzeitig Terrainspekulanten sind. Mit Recht hat auch Dr. Südekum den Unfug im Grunewald und seine Entstellung durch asphaltierte Straßen getadelt. Das Geschehene ist nicht mehr gut zu machen. Aber jedenfalls müssen wir verhindern, daß die letzte Lunge Berlins, das Tempelhofer Feld verbaut wird.

Dr. Südekum (SD.) tritt gleichfalls für die Erhaltung des Tempelhofer Feldes ein. Nicht einmal vom fiskalischen Standpunkte läßt sich diese Veräußerung empfehlen. Es würden dort nur Mietskasernen entstehen. Eines Tages aber werden wir vielleicht im Weichbilde der Stadt Berlin einen Luftschiffahrtsbahnhof nötig haben, und dazu könnte nur das Tempelhofer Feld dienen. Der Haupteinwand ist und bleibt aber die gefährdete Volksgesundheit und deshalb sollte der Reichstag gegen einen Verkauf des Tempelhofer Feldes sich mit aller Entschiedenheit verwahren. (Bravo! bei den Soz.)

Der Titel wird bewilligt, der Rest des Etats debattelos erledigt.

Der Marineetat.

Die allgemeine Debatte beginnt mit dem Titel „Staatssekretär“, zum dem eine Resolution Albrecht u. Genossen (Soz.) vorliegt, auf Einsetzung einer Kommission, die zur Hälfte aus Mitgliedern des Reichstages bestehen und die Aufgabe haben soll, die durch die Kieler Schwurgerichtsverhandlungen bekannt gewordenen Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung der Reichswerften zu untersuchen.

Graf Oppersdorf (Z.): Beim Marineetat spiele Geld vielfach gar keine Rolle mehr. Auch die Besoldungen seien in den letzten 10 Jahren um 80,5 Proz. gestiegen. Angesichts der höhen Ausgaben müssen wir wieder den Gedanken anregen, ob nicht das Wettrüsten der Nationen durch Vertrag beseitigt werden kann. Redner verlangt Neuorganisation der Werftkontrolle. Er wünscht einen Oberkontrolleur ohne gesellschaftliche und dienstliche Abhängigkeit „ohne Uniform und fast ohne Frack“, und rügt die Position des Reiches der Firma Krupp gegenüber, die mit jedem neuen Kontrakt sich ungünstiger gestalte. (Hört, hört!) Hoffentlich gelingt es dem Staatssekretär (Zuruf b. den Soz.: Oder seinem Nachfolger) Wandel zu schaffen. Wir sind stolz auf die Marine, aber nicht auf jede Einzelheit des Etats. (Bravo! l. Ztr.)

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz sucht darzulegen, daß der Etat ein durchaus günstiges Bild bietet. Er sei anerkanntermaßen weit übersichtlicher als der französische und englische. Zur Frage Krupp bemerke ich, daß wir die Lieferungsverträge genau so günstig abschließen, wie es sich auch unter Berücksichtigung der Konkurrenz nur erreichen lassen würde. Wir haben übrigens im Jahre 1904 bei der Firma Erhardt ein Marinegeschütz bestellt und warten noch heute darauf. (Lebh. Hört, hört! rechts.) Gegen den obersten Kontrolleur, wie Graf Oppersdorf ihn vorschlägt, habe ich nichts einzuwenden. Mit den Geldern, die der Marineverwaltung zur Verfügung gestellt werden, ist für die Kriegstüchtigkeit erhebliches geleistet worden, und unsere Marine kann sich neben jeder andern der Welt sehen lassen. (Bravo! rechts.)

Gans Edler zu Putlitz (K.) rühmt in längeren Darlegungen die Marine als Instrument zur Erhaltung des Friedens. Die Marineverwaltung sei nicht verrottet, sie löse vielmehr ihre Aufgabe in einer Weise, daß die Freude an unserer Flotte immer mehr wächst. (Bravo! rechts.)

Dr. Semler (NL.): Der Vorstoß des Zentrumsredners gegen den Marineetat ist sehr überraschend. Soll das etwa einen Kampf bedeuten unter dem Kriegsruf: „Hie Krupp — hie Thyssen!“? Hoffentlich gibt der folgende Zentrumsredner Aufschluß. Unsere Schiffe müssen die besten Panzerplatten haben. Bezüglich der Werftbetriebe bin ich im Gegensatz zum Vorredner der Meinung, daß das Unterpersonal bis zum Direktor hinauf kaufmännisch ausgebildet sein soll. — Die besondere Aufmerksamkeit des Staatssekretärs muß ich auf das Elend lenken, das die Arbeiterentlassungen in Wilhelmshaven hervorgerufen haben. Redner rühmt die Uneigennützigkeit der Firma Krupp, die sich geweigert habe, einer ausländischen Macht ihre Erfahrungen dienstbar zu machen. Vielleicht wird Graf Oppersdorf die befriedigende Lösung darin sehen, daß Krupp diese Ehrenpflicht als dauernde Verpflichtung übernimmt. Angesichts der Friedensliebe Deutschlands sei die Rede des Grafen Oppersdorf doppelt bedauerlich. Das Maß unserer Rüstungen müssen wir selbst bestimmen. (Lebhafter Beifall b. d. Natl.)

Dr. Leonhardt (FVpt.): Wir wünschen dringend gute friedliche Beziehungen zu England. Unsere Flotte soll ein Friedensinstrument sein. (Bravo! bei den Freis.) Die stetig steigenden Ausgaben für die Marine werden bald wieder neue Steuern notwendig machen. (Sehr richtig! links.) Ich habe namens meiner Fraktion zu erklären, daß wir alle Abstriche der Kommission im Plenum aufrecht erhalten. Dem Grafen Oppersdorf sind wir dankbar für die Beleuchtung, die er den Beziehungen des Marineamts zur Firma Krupp gegeben hat. Der Oberwerftdirektor in Kiel hat Untersuchungen angestellt über die Beziehungen von Werftbeamten zu Abgeordneten. (Hört, hört! links.) Wir verbitten uns auf das entschiedenste derartige Schnüffeleien gegen Reichstagsabgeordnete. (Lebh. Beifall links.)

Staatssekretär von Tirpitz betont, daß keinerlei Anweisung ergangen sei, welche den Werftbeamten den Verkehr mit Abgeordneten verbietet.

Dr. Südekum (SD.): Die Enthüllungen über die Mißstände auf den Werften haben im Volke und bei den Abgeordneten eine große Spannung hervorgebracht. Bei den Abgeordneten wurde sie noch vermehrt durch die Mitteilungen des Grafen Oppersdorf in bezug auf die Bevorzugung bei den Lieferungen. Der Staatssekretär glaubte, das mit leichter Hand erledigen zu können, indem er darauf hinwies, daß die Firma Erhardt einen Auftrag seit dem Jahre 1904 noch nicht ausgeführt habe. Es ist aber klar, daß keine Firma sich darauf einlassen kann, ein einzelnes Geschütz zu liefern, wenn ihr nicht einmal die Abnahme von einem halben Dutzend gewährleistet wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Staatssekretär verkennt seine Stellung gegenüber der Firma Krupp. Hat diese Firma ein Lieferungsmonopol, so hat doch auch das Marineamt ein Abnahmemonopol, denn Privatflotten gibt es noch nicht. (Heiterkeit und Sehr richtig! bei den Soz.) Bei solchen Erklärungen erinnere ich mich des Abg. Richter, der im Jahre 1902 sagte, den Erklärungen des Reichsmarineamts müsse man noch mehr Mißtrauen entgegenbringen, als man Erklärungen vom Regierungstisch im allgemeinen schon schuldig ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdem.) Es ist nämlich sehr eigenartig, daß der Staatssekretär behaupten kann, ein Erlaß sei nicht ergangen, wenigstens von ihm nicht, der den Beamten den Verkehr mit Abgeordneten verbietet. Sollten in der Marineverwaltung nicht auch andere hinterhaltige und etwas selbständigere Stellen sein? Der Marineetat hängt mit der Fragen unserer inneren und äußeren Politik eng zusammen. Daß die Marine auch an dem Finanzjammer des Reiches schuld ist, darüber kann kein Zweifel bestehen. Sie fördert nicht die Entwicklung unseres Handels, sondern schädigt sie, das hat auch die Handelskammer von Altona anerkannt, als sie sich bei der Finanzreform von 1908 an uns wandte und sagte, mit der Marine könne es nicht so weiter gehen wie bisher. Beim „Reichsamt des Innern“ wurden trotz der Wichtigkeit der Wohnungsfrage 2 Millionen weniger in den Etat eingesetzt als früher. Ebenso fehlt es an Geld für die Witwen- und Waisenversicherung, für die Pensionsversicherung der Privatbeamten, aber bei der Marine wird das Geld zum Fenster hinausgeworfen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Weiter hängt die Flottenpolitik mit unserer äußeren Politik zusammen. Unsere Flotte ist nicht die Wirkung, sondern die Ursache unserer Spannung zu fremden Mächten. Bei dem letzten Wahlkampf in England spielte ja auch die deutsche Flotte eine ganz hervorragende Rolle. Eines Tages muß aber die Erkenntnis aufgehen von der Notwendigkeit einer Verständigung der Völker über ihre Flottenrüstungen. Und wenn sich das heutige System der Organisation der Völker unfähig erweist, diesen Gedanken zu verwirklichen, so wird es in einem großen Weltkriege wahrscheinlich den Boden unter den Füßen verlieren und anderen Gebilden Platz machen, denen das Problem nicht mehr unlösbar ist. (Sehr gut! bei den Soz.) Wer im flottenschwärmerischen Enthusiasmus alles bewilligt, was der Marineetat fordert, der sollte sich auch der Konsequenzen bewußt sein. Aus Gründen der Landesverteidigung brauchen wir keine größere Flotte, denn Deutschland ist eine Landmacht. Es kann heute überhaupt nur dasjenige Volk unter den großen Mächten über ein anderes siegen, wenn es moralisch überlegen ist. Ich erinnere an das Beispiel des großen Rußland, das elend vor Japan zugrunde gehen mußte, nicht weil ihm die Machtmittel fehlten, sondern weil es durch das autokratische Zarenregiment im Laufe der Jahrhunderte zur moralischen Minderjährigkeit herabgedrückt war. (Bravo! b. d. Soz.) Wenn in Preußen die Politik der Reaktion so weiter getrieben wird, dann wird auch der Rest der Hoffnung zerstört, daß Sie (nach rechts) das Volk jemals für Ihre Interessen begeistern werden. (Präs. Graf Schwerin: Die preußische Politik hat mit dem Marineetat nichts zu tun. (Lebhafter Widerspruch b. d. Soz.) Eben wegen der Zusammenhänge, in deren Entwicklung ich unterbrochen werde, eben wegen des Zusammenhangs mit der reaktionären Politik im Innern unseres Landes können wir auch einen Teil des Systems nicht bewilligen. Dem Teil, sowie dem Ganzen, bewilligen wir keinen Mann und keinen Groschen! (Lebhaftes Bravo! b. d. Soz.)

Reichskanzler von Bethmann Hollweg betont die friedlichen Absichten, aus welchen heraus die deutsche Flotte gebaut wird. Insbesondere ist es unser Wunsch, ein friedliches Verhältnis zu England zu pflegen. (Bravo!) Den freien Wettbewerb aller Nationen kann keine Macht auf der Erde mehr ausschalten oder unterdrücken. Ich bin überzeugt, daß wir auf dieser Grundlage die vertrauensvollen Beziehungen, die wir zur englischen Regierung unterhalten, günstig fortentwickeln werden. (Lebh. Beifall.)

Erzberger (Zentr.): Wir stehen nach wie vor auf dem Boden des Flottengesetzes und haben keinen Verstoß gegen das Flottengesetz vor, wie Herr Dr. Semler glaubt. (Lebh. Beifall l. Zentr.) Wir wollen eine starke Flotte zum Schutz, nicht zum Angriff. Mit der Forderung von Maßnahmen gegen das Kruppsche Monopol ist Graf Oppersdorf — das möge sich Herr Semler gesagt sein lassen — nur den Spuren der Abgg. Paasche und Görcke gefolgt. (Hört, hört!) Die Erklärung des Staatssekretärs bezüglich des Kieler Erlasses genügt nicht. (Lebh. Zustimmung im Zentr. u. links.) Ein trauriges Kapitel ist das der Matrosenmißhandlungen. Wir werden dem Staatssekretär das Material aushändigen und rechnen auf strenge Untersuchung. (Beifall im Zentr.)

Staatssekretär v. Tirpitz sagt die Untersuchung der Matrosenmißhandlungen zu und wiederholt noch einmal seine Ausführungen über das Verhältnis zur Firma Krupp. Er rühmt sich der Millionen, die er der Firma Krupp „abgeknöpft“ habe und verliest einen langen Schriftwechsel des Reichsmarineamts mit der Firma Thyssen, um zu beweisen, daß man zurzeit auf Krupp angewiesen sei.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr.

Schluß 6¼ Uhr.

An dem Tage, der zur ihrer Überführung bestimmt war — einem sonnigen Tage in April —, erhielt sie einen Brief vom Lotsen-Altermann, den sie nur mit Anstrengung zu entziffern vermochte.

„Liebe Christine!

Der Lehnsmann sagte, ich sollte eine schriftliche Klage einreichen und nun ist meine Klage zurückgekommen und Du kannst Dir denken, daß sie gut aussah mit all' den Bemerkungen: An den Rottenmeister zur Erklärung, zurück an den Amtmann und den Wege-Ingenieur und die ganze Klerisei hat darauf geschrieben und zuletzt war nur ein ganz kleiner Platz unten auf der letzten Seite übrig, und da schrieb ich hin: „Ganz wie ich es erwartet habe — Seehus“; aber der Amtmann soll deshalb böse auf mich sein. Doch das ist nicht das schlimmste; es ist aber gut, daß es Dir gut geht, wie Du neulich geschrieben hast, denn uns geht es nicht gut, was ich Dir bis jetzt nicht sagen wollte, weil ich Dich nicht betrüben mochte, aber jetzt muß es heraus in die Feder, denn es geht jetzt gar zu toll. Dein Vater ist ganz verarmt, er ist zum Bettler geworden, alles ist draufgegangen für die Sache, mit der Dein Mann zu tun hat, und außerdem ist er jetzt so, daß er nicht mehr arbeitet, so kannst Du Dir's selber denken, sondern er sitzt meistens und starrt die Wand an. Das mußte ich Dir jetzt erzählen, denn Du mußt nach Hause kommen und Ordnung schaffen, denn jetzt geht es über meinen Verstand, und ich glaube, er wird wahnsinnig darüber; wenn Du aber nicht kommen kannst, so schreibe ihm etwas Gutes, am liebsten von der Sache.

Dein alter Freund
Lauritz B. Seehus.“

Christine legte sich ins Bett zurück und weinte. Im Laufe des Winters hatte sie sich dazu gezwungen, vergnügt nach Hause zu schreiben und der Altermann hatte in demselben Tone geantwortet. Jetzt begriff sie, daß man ihr nicht die Wahrheit gesagt habe und es erfaßte sie eine mächtige Sehnsucht nach ihrem Vater und der Heimat und der Küste dort im Westen. Sie setzte sich aufrecht im Bette, um dem Vater einen guten Brief zu schreiben:

„Lieber Vater!

Wenn ich höre, daß es Dir so schlecht geht, so wird mein Herz von Jammer und Beschämung befallen. Denn ich sehe jetzt ein, daß ich niemals hätte von Dir wegreisen sollen. Aber nun mußt Du mir verzeihen und ganz fest davon überzeugt sein, daß ich Dich in meinem Herzen so innig lieb habe. Ich kann nicht zu Dir kommen, denn ich bin nicht wohl, aber sonst geht es mir gut.“

Christine hielt inne; sie schrieb jedes Wort mit Anstrengung; und sie dachte, daß Gott ihr vergeben würde, daß sie nicht die volle Wahrheit sagte, um den Vater nicht zu betrüben, der ohnehin schon genug zu tragen hatte.

Ein Wagen bog in den Torweg ein; das Mädchen kam und flüsterte: „Der Doktor.“ Es war der Hospitalwagen, der sie abholen sollte.

Ein Schreck durchzuckte sie und als sie wieder die Feder ergriff, war es ihr nicht mehr möglich, etwas zu verbergen:

„Mein lieber Vater! Es ist nicht wahr, daß es mir gut geht; es geht mir immer schlimmer als dem Schlimmsten, und jetzt holen sie mich ab, denn ich muß sterben, und ich sehe Dich nimmermehr und niemals die See und die Häuser daheim, grüß den Altermann. Leb' wohl!

Deine Christine.“

Als der Doktor ans Bett trat, war Christine so ermattet, daß er sie durch Naphtha wieder zu sich bringen mußte. Er schrieb die Adresse auf ihren Brief und half sie dann in den Wagen tragen.

Obgleich die Überführung mit der größten Vorsicht und Sorgfalt vorgenommen wurde, war die Kranke doch völlig entkräftet, als sie in dem alten Hospital zu Bett gebracht worden war.

Lange Zeit lag sie mit geschlossenen Augen; als sie sie aber endlich aufschlug, glitt ein Lächeln über ihr Gesicht. Durch das Fenster sah sie in den klaren Frühlingshimmel hinaus; der Sonnenschein fiel voll in das helle und freundliche Zimmer, welches er für sie eingerichtet hatte.

Christine wandte das Gesicht dem Doktor zu und sagte: „Herzlichen Dank, Johann, hier wird es gut zu sterben sein.“ Und sie streckte sich in den glatten, reinen Bettüchern aus und schloß die Augen wieder.

Aber das Lächeln verblieb auf den entstellten Zügen und machte sie in seinen Augen schön, wie in früheren Zeiten.

(Fortsetzung folgt.)

Wie das Zentrum arbeitet.

Der Kreis Wipperfürth im Wahlkreise Mülheim-Gummersbach-Wipperfürth kann sich mit den schwärzesten Gegenden der Eifel messen, nicht nur bezüglich der Zentrumstreue seiner Bewohner, sondern auch was die Rückständigkeit und niedrige Gesinnung der frommen Bevölkerung anbetrifft, die dem politischen Gegner gegenüber vor keinem Akt der Tücke und Gewalt zurückschreckt. Hier offenbart sich am herrlichsten, was christliche Erziehung und Weltanschauung im Zentrumssinne bedeutet, hier kann man schaudernd ergründen, wohin es mit Bildung, Gesinnung und Gesittung unseres Volkes käme, wenn der Klerikalismus ungescheut seine Herrschaft entfalten könnte.

Im Kreise Wipperfürth entfielen bei der jüngsten Nachwahl im ersten Wahlgange auf das Zentrum 5229, die Liberalen 529 und die Sozialdemokraten 206 Stimmen.

Das Zentrum hat buchstäblich den letzten Mann, in zahlreichen Orten nachgewiesenermaßen 100 Proz. der Wähler für seinen Kandidaten auf die Beine gebracht. Und wie es bei der Stichwahl gearbeitet, zeigt ein Bericht des Wipperführther Zentrumsblattes aus dem Orte Cürten. Darin wird zunächst geschildert, daß am Vormittag nur wenige Mann zur Wahlurne gegangen seien. Dann heißt es:

„Gegen 3 Uhr wird es langsam reger. Der erste Wagen bringt einige Kranken und Invaliden. Neue Wähler kommen und bald füllt sich das Wahllokal. Die Vertrauensmänner resp. die jungen begeisterten Zentrumsjünger haben inzwischen eine genaue Liste der per Wagen herbeizuschaffenden Wähler aufgestellt und den Schleppern die nötigen Direktiven gegeben. Die bereitwilligst zur Verfügung gestellten Wagen fahren ab und um 6½ Uhr können alle ihre Stimme abgegeben haben. 6 Uhr hat die Turmuhr geschlagen und an die 250 von 290 abzugebenden Stimmen sind abgegeben. Ununterbrochen kommen noch neue Wähler und 6,40 Uhr haben 278 Wähler von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Ein gutes Resultat, wenn man bedenkt, daß bei der Hauptwahl nur 270 Stimmen abgegeben wurden. Bedenken muß man ferner noch, daß 10 Wähler, die bei der ersten Wahl ihre Stimme für Falk abgaben, diesmal überhaupt nicht wählten. Also aus seinen eigenen Reihen mußte das Zentrum seine Stimmenzahl erhöht haben und dies hat es auch. Die Säumigen waren nach der Hauptwahl aufgerüttelt worden, und die Kranken und Altersschwachen konnten bei dem nachmittags vorherrschenden guten Wetter fast alle herbeigeholt werden. Also alle, die nur konnten, hatten gewählt. Doch nein, zwei Wähler machten eine Ausnahme. Der eine wohnte zwar weit, konnte aber sehr gut kommen, und der andere sollte um 4,30 Uhr mit dem Auto kommen, kam aber, wie bei der Hauptwahl, erst um 10 Uhr, nach Toresschluß!! Schade um die guten Stimmen!! Immerhin war das Ergebnis ein sehr günstiges, denn alle hatten für Marx ihre Stimme abgegeben, 14 mehr wie bei der Hauptwahl. Dank und Anerkennung gebührt darum den wackeren Zentrumswählern von Cürten. Dank vor allem aber auch den Kranken und Altersschwachen — ließ sich doch ein 85jähriger Greis, der seit 2½ Jahren das Bett nicht mehr verlassen hatte, durch Schneegestöber und Regenwetter zur Wahlurne tragen. Ein begeistertes von den im Wahllokale Anwesenden auf den im Sorgenstuhl sitzenden tapferen Wähler ausgebrachtes Hoch und das Gefühl, für eine gute Sache eingetreten zu sein, waren der Dank für die edle Tat."

Das sind die Gegenden, wo unsere Flugblattverbreiter mit Knüppel und Mistgabel empfangen und mit Hunden von der Türe getrieben werden; wo unsere Stimmzettelverteiler angespien und ihnen die Fahrradschläuche durchschnitten werden; wo die frommen Zentrumswähler unsern Stimmzettel zerreißen mit den Worten: „Einen Mann, der seine Seele dem Teufel verschrieben hat, wählen wir nicht"; wo die Leute sich entsetzt die Schauermär des Zentrumsblättchens zutragen, daß unser Kandidat sich verschworen habe, den Kaiser abzusetzen und auf das Schafott zu schicken. Das Zentrum rühmt den Opfermut der Bresthaften und Altersschwachen, die der Beschwer des Wahlganges trotzen und durch Abgabe des Stimmzettels ihr politisches Glaubensbekenntnis ablegen. Das Zentrum hätte vielmehr Grund, den geistig Kranken und Schwachen zu danken, die sich durch seine geistlichen und weltlichen Helfer in einen derartigen Fanatismus hineinjagen lassen, daß sie aller Rücksicht auf Menschlichkeit und Anstand dem politischen Gegner gegenüber verlustig gehen und im Nebeldunst der Verleumdung und Verhetzung jeden Sinn verlieren für ihr wirkliches politisches und wirtschaftliches Interesse.

Aus der Partei.

Das „gestohlene" Reichsverbandszirkular. Wir haben jüngst ein vertrauliches Rundschreiben veröffentlicht, das die Reichsverbandshauptstelle in Berlin an die „politisch zuverlässigen" Unternehmer Deutschlands gerichtet hat und in dem ein neuer Plan, die Sudelprodukte des Reichsverbandes massenhaft unter die Arbeiter zu bringen, entwickelt wird. Die Unternehmer sollen die Listen ihrer Arbeiter einreichen, an deren Adressen der Reichsverband dann seine Flugblätter direkt schicken will; das Porto sollen die Unternehmer tragen. Dem Reichsverband ist die Aufdeckung seines Planes natürlich sehr unangenehm gewesen, denn dadurch wurde ja den Arbeitern wieder einmal gezeigt, wie man hinter ihrem Rücken ihre Gesinnung verkaufen zu können glaubt. In der letzten Nummer der „Reichsverbandskorrespondenz" wird nun eine ganze Räubergeschichte erzählt, wie das Zirkular in die Hände der sozialdemokratischen Presse gelangt sei; das Schriftstück sei an ein Ausschußmitglied des Reichsverbandes in Nürnberg adressiert gewesen, das Gemeindebevollmächtigter sei. Nun existiere aber in Nürnberg noch ein Gemeindebevollmächtigter gleichen Namens, dem das Zirkular zugestellt worden sei. Anstatt es seinem Namensvetter zu überreichen oder dem Absender zuzustellen, habe er es beiseite gelegt, dann sei es von Sozialdemokraten gestohlen worden. Diese Märchenerzählung ist des Reichsverbands würdig; es gibt in Nürnberg zwei Gemeindebevollmächtigte namens Rudolph, der eine ist freisinnig, der andere Sozialdemokrat, beide kommen nicht in Betracht. Zwei andere führen den Namen Alt, wovon der eine konservativ, der zweite mittelständler ist. Aber keiner will Mitglied des Reichsverbandes sein. Die Diebstahlsgeschichte ist erfunden, um den Eindruck der Enthüllung zu verwischen: das Zirkular ist auf völlig legalem Wege in sozialdemokratische Hände gelangt: ein nichtsozialdemokratischer Unternehmer, den das Treiben des Reichsverbandes anwidert, hat es aus freien Stücken ausgeliefert.

Polizeiliche Schikane. In Spandau untersagte die Polizei die Verbreitung von Handzetteln, die zu einer sozialdemokratischen Versammlung einladeten. Das Verbot wurde damit begründet, daß durch das Verteilen die Straßen beschmutzt wurden. Zu den vielen Rätseln, die dem simplen preußischen Untertanenverstande von der Polizei aufgegeben werden, ist somit ein neues gekommen.

Gewerkschaftsbewegung.

Warnung an deutsche Lithographen vor Arbeitsangeboten nach Amerika und Schweden. Durch die bürgerliche Presse gehen fortgesetzt Inserate gewissenloser Agenten, die Lithographen zur Auswanderung nach Amerika verlocken wollen. Es werden dabei recht annehmbare Löhne in Aussicht gestellt. In Wirklichkeit liegen aber die Verhältnisse in Amerika genau so traurig, wie sie dank unserer industriefeindlichen Zollpolitik in Deutschland sind. Es ist auch nicht zu ersehen, ob sich in Amerika für die Lithographen die Lage in nächster Zeit bessern wird. Wir warnen deshalb vor Abwanderung nach Amerika. — In Malmö (Schweden) befindet sich das Personal der Skånski Lithographiska Aktiebolaget im Ausstande. — Auskünfte erteilen die internationalen Vertrauensleute oder der Verband der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe.

Zum Buchbinderstreik in Plauen i. V. Von Hamburg und Berlin waren den Buchbindermeistern durch Agenten je eine Kolonne Streikbrecher zugeführt worden, die aus Elementen bestanden, die wirklich eine Gefahr für die Bewohner der Stadt bildeten. Verschiedentlich ist es auch schon zu Exzessen zwischen Streikbrechern und Einwohnern der Stadt gekommen. Als ein dritter Transport Streikbrecher aus Hamburg ankam, legte sich die Polizei ins Mittel. Sie richtete an die Prinzipale das Ersuchen, diese Elemente nicht erst in Arbeit zu nehmen. Die Firma Thoß u. Gushurst, die bereits 15 Hamburger beschäftigte, kam dem Verlangen der Polizei nach, machte aber die Rechnung ohne die Streikbrecher. Diese, 17 Mann stark, verklagten die Firma beim Gewerbegericht, wo es am Donnerstag zu einem Vergleich kam. Herr Thoß als Beklagter erklärte sich bereit, pro Mann 24 Mk. und 6 Mk. Fahrgeld nach Berlin zu zahlen. Er fühle sich eigentlich überhaupt nicht als Beklagter, er habe diese 17 Mann garnicht in Arbeit genommen, weil sie keine geübten Arbeiter seien, rechtlich sei die Firma Walter Müller, Wandsbek zu verklagen. Er mache den Vergleichsvorschlag nur deshalb, weil den Fabrikanten von der Stadt Plauen nahegelegt worden sei, keine weiteren fremden Arbeiter einzustellen, um den allabendlich stattfindenden Auflauf zu vermeiden. Die Arbeitswilligen nahmen den Vergleichsvorschlag an, und 510 Mk. waren für die lieben Arbeitswilligen zum Fenster hinausgeworfen. Nach diesen bösen Erfahrungen suchen die Fabrikanten durch Annoncen in allen Gegenden nur noch geübte Arbeiter, Buchbinder und Kartonnagenarbeiter. Buchbinder, Kartonnagen- und andere Arbeiter, meidet Plauen i. V.!

Eine Militärbehörde als Helfer der Innungsmeister. In Graudenz gefällt es den Bäckermeistern nicht, daß sich die Gehilfen ihrer Organisation anschließen, und weil sie die Gehilfen durch ihre Überredungskünste nicht davon abbringen konnten, versuchten sie durch die Militärbehörde einen Druck auf den Wirt des Versammlungslokales auszuüben. Bei dem Kommandeur der Festung denunzierten die Zünftler den Lokalinhaber und erreichten auch, daß von dieser Stelle nachstehendes Schreiben an den Wirt gerichtet wurde:

„Es ist hier zur Anzeige gelangt, daß in Ihrem Lokal der Verein sozialdemokratischer Bäckergesellen seine Versammlungen abhält.

Da in Ihrem Lokal auch Soldaten der Garnison verkehren, so ersucht Sie die Kommandantur, bevor weiteres veranlaßt wird, zur Äußerung, ob Sie gewillt sind, dem vorgenannten Verein auch weiterhin den Besuch Ihres Lokals zu gestatten. — Sollte bis zum 25. d. M. eine befriedigende Antwort nicht eingegangen sein, so nimmt die Kommandatur an, daß Sie ihr Lokal auch fernerhin den Sozialdemokraten zur Verfügung stellen und wird daraufhin ihre Maßnahmen treffen.

Mathey,
Generalleutnant und Kommandant."

Der Brauereiarbeiterverband im Jahre 1909. Trotz der besonders auf die Brauindustrie noch im Jahre 1909 wirkenden wirtschaftlichen Depression und der erheblichen Abnahme des Bierkonsums infolge der Brausteuer- und Bierpreiserhöhung, durch welche Umstände die Zahl der Arbeiter in der Brauindustrie eine bedeutende Verminderung erfuhr, ist es dem Brauereiarbeiterverband gelungen, die Zahl der Mitglieder im letzten Jahre um 617 zu erhöhen; der Verband zählte im Jahre 1909 33 896 Mitglieder. Auch in finanzieller Beziehung hat sich der Verband verhältnismäßig gut entwickelt. Die Gesamteinnahmen stiegen von rund 749 964 Mk. im Jahre 1908 auf 784 613 Mk. im Jahre 1909. An Unterstützungen ausschließlich Streikunterstützung wurden gezahlt 233 454 Mk. gegen 200 088 Mk. im Jahre 1908. Unter dieser Unterstützungssumme befinden sich 14 365 Mk. Extraentschädigung an die Opfer des Schnapsblocks. Ohne die Lokalbestände stieg das Verbandsvermögen von 592 622 Mk. Ende 1908 auf 744 808 Mk., Ende 1909.

Haftung der Gewerkschaften für Boykottschaden. Lange Zeit hat sich das Reichsgericht des Ansinnens, gegen den Boykott straf- und zivilrechtlich vorzugehen, erwehrt. Schließlich hat der 6. Zivilsenat des Reichsgerichts aber doch die Entscheidung getroffen, daß die Art der Durchführung ihn zu unsittlichen Mitteln machen kann, nämlich dann, wenn die vollständige Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz des Gegners beabsichtigt ist. Das festzustellen liegt in der Hand der Gerichte, die mit der freien Beweiswürdigung einen fast unbegrenzten Spielraum haben. In einem Prozeß des Bäckermeisters Lude in Berlin gegen die Genossen Heßschold und Schneider und der Zahlstelle Berlin des Bäckerverbandes, war der Boykott zum unsittlichen Kampfmittel gestempelt worden. Lude hatte im Bäckerstreik 1904 die Forderungen der Gesellen anerkannt, dann aber sein Ehrenwort gebrochen und wieder die alten, hartbekämpften Einrichtungen eingeführt. Es wurden dann im März 1905 zwei Flugblätter verbreitet, deren unsittliche Zwecke die Gerichte aus folgenden Stellen erkannte: Herr Lude scheint auch das Verwerfliche eines Wortbruches zu verstehen, denn er versteckt sich hinter allerhand Drohungen gegen uns. In die Bevölkerung setzen wir das Vertrauen, daß sie uns unterstützt. In einem anderen Passus des Flugblattes war über die Ehrenhaftigkeit und Wahrheitsliebe Ludes und über die Reinlichkeit seines Betriebes einiges gesagt worden. Diese Passagen des Flugblattes sollen nach der Erkenntnis der Gerichte den Boykott zum Kampfmittel gemacht haben. Lude verlangte einen Schadenersatz von 6000 Mk. für Gewinnausfall und Entwertung seines Geschäfts. Land- und Kammergericht haben unsere Genossen verurteilt. Die Gerichte haben angenommen, daß der Rückgang des Geschäftes tatsächlich erheblich auf die Flugblätter zurückzuführen sei. Vergeblich machten unsere Genossen darauf aufmerksam, daß auch mit anderen Mitteln gekämpft worden ist, wie mit den beiden Flugblättern. Sie wiesen darauf hin, daß im „Vorwärts" ein Gerichtsbericht veröffentlicht wurde, wodurch den Kunden Ludes Mitteilung von Schmutzereien in seinem Geschäft gemacht wurde. Das müsse auch auf das Geschäft hindernd eingewirkt haben. Das Gericht erklärte dazu, daß diese Berichte im „Vorwärts" gegenüber den Flugblättern nur ganz geringe Wirkung hätten. Es lehnte auch ab, Bäckermeister als Zeugen darüber zu vernehmen, daß sie durch den allgemeinen Boykott, der nicht als unsittlich angesehen wurde, so schwer geschädigt wurden, daß sie sich schließlich zur Bewilligung der Forderungen genötigt sahen. Auch die Schädigung, die, wie gesagt, erlaubt war, wurde als so gering angesehen, daß sie nicht in Betracht käme. Das Reichsgericht hielt sich an diese Feststellung des Schadens gebunden und verwarf auch am Donnerstag die Revision des Bäckerverbandes.

Soziales.

Vorbereitung. Die Großindustrie bereitet sich auf eine neue Hochkonjunktur vor. Davon geben die vielfachen Betriebserweiterungen Zeugnis. Wie die Union, Krupp, Thyssen, Gelsenkirchen, Hoesch usw., machen nun auch die Rheinischen Stahlwerke Anstalten, durch bessere technische Ausgestaltung ihrer Anlagen an dem zu erwartenden Segen gebührend Anteil zu nehmen. Die Gesellschaft beabsichtigt, den „Niederrhein. Nachr." zufolge, demnächst ein neues Martinwerk mit acht Öfen zu erbauen, dessen Kosten sich auf 7 Millionen Mark belaufen sollen. Das Unternehmertum rüstet aber nicht nur produktionstechnisch, sondern auch wirtschaftspolitisch. Es braucht da nur an die Ulusturmgründung erinnert zu werden. Das Kapital verfolgt damit den Zweck, die Arbeiterschaft zu knebeln, damit sie von dem Vorteil einer besseren Konjunktur ausgeschlossen bleibe. Durch energische Agitation, Ausbau der Organisationen, durch Stärkung ihrer politischen Macht, muß die Arbeiterschaft den zu feindlichen Plänen des Unternehmertums entgegenwirken. Nützet die Zeit!

Unsoziales aus dem Reichsversicherungsamt. Der Straßenreiniger H. zu Frankfurt a. M. war einige Tage im Dienst, als er mit seinen Nebenkollegen ein Gleise der Eisenbahn passieren mußte, um zu dem Depot der Straßenreinigung zu kommen. Auf diesem Wege, mitten in der Betriebstätigkeit, wurde er von einem Eisenbahnzug überfahren und auf der Stelle getötet. Der armen Witwe des Getöteten schrieb die Berufsgenossenschaft zum Trost, daß sie keine Rente bekommen könne, weil der Vater ihrer Kinder einen verbotenen Fußpfad gegangen und daher durch eine selbstgeschaffene Gefahr getötet worden sei. Dem Schiedsgericht wurden nun Protokolle der Vorgesetzten des Getöteten vorgelegt, welche bekundeten, daß sie dem Verstorbenen „Anfang März 1908" den Weg ausdrücklich verboten hätten. Als die Witwe erwiderte, daß ihr Ehemann ja erst Ende März in den Dienst der Stadt getreten sei, wurde zugegeben, daß dieses Verbot auch Ende März erfolgt sei. Das Verbot sollte auch in Gegenwart mehrerer Mitarbeiter geschehen sein, doch meldete sich kein Zeuge dafür. Die Berufung der Frau wurde vom Schiedsgericht abgewiesen, da der Unfall zweifellos nur durch das Betreten „des Bahnkörpers, d. h. durch übertretung einer bahnpolizeilichen Vorschrift sich ereignet habe". Der Getötete sei also einem Verbote zuwider den gefahrvollen Weg gegangen und „löste er damit den Zusammenhang mit dem Betriebe aus und setzte sich selbst einer Gefahr aus, die nicht mehr in den Rahmen seiner Betriebstätigkeit fiel". Die Witwe bemühte sich nun, Zeugen aufzufinden, welche mit ihrem Ehemann gearbeitet hatten. Dies ist ihr gelungen und wurden die Zeugen vom Reichsversicherungsamt auch eidlich vernommen. Der Aufseher blieb bei seiner Aussage, daß er dem Getöteten auch die Benutzung des gefährlichen Weges verboten habe, konnte aber die Namen der Mitarbeiter nicht nennen, welche zugegen gewesen sein sollten. Ein Mitarbeiter des Getöteten sagte aber unter Eid aus, daß ihm „nichts bekannt war, daß den Arbeitern der Straßenreinigung jemals verboten worden sei, den Weg entlang dem Bahnkörper zu beschreiten. Ich glaube auch nicht, daß dem Verunglückten ein solches Verbot bekannt gegeben wurde, weil ich mit H. am selben Ort und zur selben Zeit gearbeitet habe. H. war fremd und wußte mit dem Weg noch nicht genau Bescheid, sonst wäre er schwerlich auf diese Seite gegangen". Ein weiterer Zeuge bekundete, daß er selbst diesen Weg sehr häufig benutzt habe. „Ein Verbot, diesen Weg zu benutzen, ist mir vor dem Unfall niemals bekannt gegeben worden." Er habe mit dem Getöteten mehrere Tage zusammen arbeiten müssen und glaubt nicht, daß diesem ein Verbot bekannt war. „Der Weg ist aber vielfach benutzt worden, unter anderm auch von Schulkindern, sodaß ich mir nichts weiter dachte, vielmehr annahm, das Betreten werde von der Eisenbahn stillschweigend geduldet." In der Gegenschrift mußte die Berufsgenossenschaft zugeben, daß es „zwar schon vorgekommen sei, daß die erwähnte Bankette von Eisenbahnbediensteten benutzt worden sei" usw. Es fand sich in letzter Stunde noch ein Hilfsbahnwärter, welcher bezeugte, daß er „nachträglich hörte, daß der Mann von der Straße aus kommend übergestiegen sei". Das genügte aber dem Reichsversicherungsamt, um den Rekurs der Witwe abzuweisen. Die Vorinstanzen hätten richtig angeführt, daß H. „sich durch das Betreten des Weges, auf dem er getötet wurde, einer selbstgeschaffenen, mit der ordnungsmäßigen Zurücklegung des Weges zum Depot nicht verbundenen Gefahr ausgesetzt hat". Ja, das Reichsversicherungsamt legte gar keinen Wert darauf, daß der Verunglückte ein Neuling im Betriebe war oder gar kein Verbot gekannt haben könnte, denn „tatsächlich hat sich der Verstorbene von den links gehenden Arbeitern getrennt und ist auf einem rechts von dem eigentlichen Bahnkörper führenden Weg verunglückt, dessen Gefährlichkeit dem Verstorbenen, auch ohne daß ihm gegenüber ein ausdrückliches Verbot, diesen Weg zu gehen, ergangen war, keineswegs zweifelhaft sein konnte weil es allgemein bekannt ist, daß das Gehen in unmittelbarer Nähe der Schienen — noch dazu in Tunnels, wo ein Ausweichen nicht möglich ist — überaus gefährlich und deshalb verboten ist." — Die Entscheidungen des Reichsversicherungsamts werden immer unbegreiflicher. Ist das überhaupt noch eine soziale Institution, die dermaßen Recht spricht?

Kommunales.

Neue Einnahmequellen. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich am Donnerstag mit einem Antrage auf Einführung einer Wertzuwachssteuer. Der Magistrat hatte der Versammlung in einer früheren Sitzung eine Vorlage unterbreitet, die aber einem Ausschuß überwiesen worden war. In mehreren Sitzungen hat der Ausschuß die Vorlage beraten und verschiedene Verbesserungen vorgenommen. Der Ertrag der Wertzuwachssteuer ist mit 550000 Mark in den Etat eingestellt worden. Die Versammlung erklärte sich im allgemeinen mit der abgeänderten Vorlage einverstanden. Unser Fraktionsredner, Genosse Heimann, hielt zwar die geforderten Sätze für viel zu niedrig, gab aber doch seine Zustimmung zu den Ausschußbeschlüssen. Für die Einzelbestimmungen der Vorlage lehnte unser Vertreter jede Verantwortung ab. Gegen die Steuer sprachen nur zwei Vertreter der Bau- und Grundstücksspekulanten, die aber nicht verhindern konnte, daß bei der en bloc-Abstimmung die Vorlage fast einstimmig angenommen wurde. In der Nachbarstadt Rixdorf wurde am gleichen Tage mit 37 gegen 32 Stimmen beschlossen, eine Wertzuwachssteuer einzuführen. Dafür stimmten die Sozialdemokraten und die neue bürgerliche Fraktion, während die alte bürgerliche Fraktion den Antrag ablehnte. Die Einnahmen aus der neuen Steuer sind auf 150000 Mk. veranschlagt. In derselben Sitzung wurde eine vom Magistrat eingebrachte Schankkonzessionssteuervorlage mit 24 gegen 40 Stimmen abgelehnt.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Todesurteil aufgehoben. Das Reichsgericht hat das Urteil des Schwurgerichts beim Landgericht I in Berlin, durch das der Friseurgehilfe Johann Jünemann wegen Ermordung der Verkäuferin Alice Rakowski

und wegen Diebstahls in zwei Fällen zum Tode und zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt war, auf die Revision des Angeklagten aufgehoben, weil ausweislich des Protokolls eine Zeugin nicht vereidigt war, wiewohl gesetzliche Gründe für ihre Nichtvereidigung nicht vorlagen.

Die Frankfurter Justiz im Wahlrechtskampf. Die Frankfurter Strafkammer verhandelte Sonnabend gegen den Packer Bauer, der bei der Polizeischlacht vom 17. auf den 18. Februar Revolverschüsse abgab. Bauer ist verheiratet und seit neun Jahren in ein und derselben Stellung. Sein Arbeitgeber stellt ihm das beste Zeugnis aus. Er sei ein ruhiger Mensch, der sich noch nie etwas zuschulden habe kommen lassen. Der Angeschuldigte selbst war nicht in den Wahlrechtsversammlungen, die von der Partei einberufen worden waren. Er gibt an, an dem betreffenden Abend in zwei Wirtschaften gewesen zu sein und sich dann nach Hause begeben zu haben. Nach der Anklage soll Bauer ohne jede Veranlassung einen Schuß auf eine Schutzmannspatrouille abgegeben haben und einen weiteren Schuß auf einen ihn verfolgenden Schutzmann. Verletzt wurde dabei niemand. Bauer gibt zu, geschossen zu haben, behauptet aber, vorher durch einen Schutzmann mit dem Säbel an der Stirn verletzt worden zu sein und die Schüsse in Notwehr resp. als Schreckschüsse abgegeben zu haben. Er konnte dies aber nicht durch Zeugen beweisen. Die Schutzleute sagten aus, Bauer sei vor Abgabe der Schüsse nicht verletzt gewesen, er habe nicht geblutet. Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Gefängnis. Das Gericht kam diesem Antrage nach und verurteilte Bauer **zu zwei Jahren Gefängnis** wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Das Gericht glaubte den Angaben der Belastungszeugen. Es sei nicht richtig, daß der Angeklagte vor Abgabe der Schüsse verletzt oder blutig geschlagen worden sei. Er habe darin gelogen.

Zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht in Augsburg verurteilte den Arbeiter Adalbert Bader aus Kliemmach, der seine Geliebte, um sich der Alimentationspflicht zu entziehen, in bestialischer Weise hingemordet hatte, zum Tode. Der Mörder legte kurz nach seiner Verhaftung ein Geständnis ab, das er später jedoch widerrief.

Aus Nah und Fern.

Badegelegenheit für Abonnenten. Man kann den Abonnenten der Zeitungen allerlei bieten: Unfallversicherung, Theatervorstellungen, Reisen, durch Inserate und Beilagen auch eine gute Verbindung mit Lose- und andern Schwindlern; man kann sich mit der Sorge um das geistige und leibliche Wohl und Wehe der Abonnenten aber auch lächerlich machen, wenn man die „Fürsorge" zu weit treibt. Wie das gemacht wird, darüber lesen wir in der „Brühler Zeitung" in Brühl bei Köln: „Abkommen zur Badegelegenheit für die Abonnenten der „Brühler Zeitung". Da es für absehbare Zeit ausgeschlossen erscheint, daß Brühl eine eigene Badeanstalt erhält, haben wir uns bemüht, den Abonnenten der „Brühler Zeitung" die Möglichkeit zu bieten, für billiges Geld eine Badegelegenheit zu erhalten. Zu diesem Entschluß sind wir durch den Umstand bestimmt worden, daß eine Zeitung ihren Lesern gegenüber auch Pflichten besitzt. Und zu diesen Pflichten zählt ohne Zweifel auch diejenige, seinen (!) Lesern Einrichtungen zu vermitteln, die ihnen von anderer Seite vorenthalten werden. Da in Brühl leider die berufenen Instanzen in der Badeangelegenheit versagt haben, halten wir es für unsere publizistische Pflicht, dem unhaltbaren Zustand, daß der größte Teil der Bevölkerung der Brühler Bürgermeisterei auf eine Badeanstalt Verzicht leisten muß, ein Ende zu bereiten. Zu diesem Zwecke haben wir mit dem Besitzer des Ludwigsbad in Köln ein Abkommen getroffen, nach dem dieser sich verpflichtet, denjenigen, die sich als Abonnenten der Brühler Zeitung ausweisen, ein Wannenbad 1. Klasse zum Preise von 60 Pf., 2. Klasse zum Preise von 50 Pfg. (einschließlich Seife und Handtuch) zu liefern. Bedingung ist jedoch hierbei, daß mindestens zehn Karten genommen werden. Für Nichtabonnenten der „Brühler Zeitung" beträgt der Eintrittspreis für die 1. Klasse 80 Pfg., für die 2. Klasse 65 Pfg. — Daß eine Zeitung ihren Lesern gegenüber die Pflicht hat, für deren körperliche Reinlichkeit zu sorgen, daran dürfte auch Ben Akiba nicht gedacht haben. Wenn schließlich von „anderer Seite" versäumt wird, „Einrichtungen zu vermitteln", die den Lesern der „Br. Ztg." zukommen, so kann ja die „Br. Ztg." auch dafür sorgen, daß die Narrenzeit kalendermäßig beendet wird. Wenn es nämlich „eine Bedingung ist, daß mindestens 10 Karten genommen werden", und wenn man hinzunimmt, daß zehn Fahrten von Brühl nach Köln 7—10 Mk. kosten, also jedes Wannenbad 2. Klasse mindestens 1,20 Mk., so wüßten wir nicht, was einen rechnenden Menschen veranlassen könnte, in dieser Hinsicht nicht lieber auf die Großmut der „Br. Ztg." zu verzichten und ohne Abonnement nach eigenem Belieben sich zu waschen wo und wie es ihm beliebt. Eine schriftstellerische Pflicht, den Mitmenschen Wasser, Seife und Handtuch zu ermäßigtem Preise zu besorgen, gibt es nicht. Wenn die „Br. Ztg." die Prospekte der Hamburger Lotterieschwindler nicht mehr beilegen wird, erweist sie ihren Lesern einen größeren Dienst, als es mit der Badegelegenheit geschehen ist.

Ein Fürsorgezögling, der sich des Mordes bezichtigt. Aus Berlin wird berichtet: Des Mordes bezichtigt hat sich der Fürsorgezögling Otto Zukowski. Vor mehreren Wochen wurde auf dem Hofe des Polizeipräsidiums ein Zettel gefunden, auf dem sich Z. als Mörder bezeichnete. Er habe bei Stubbenkammer auf Rügen in räuberischer Absicht ein Ehepaar ermordet. Es wurde ermittelt, daß der Fürsorgezögling um die fragliche Zeit in der Tat auf dem Polizeipräsidium gewesen war und von dort nach der Fürsorgeanstalt zurückgebracht worden ist. Aus der Anstalt entwich er und erfreute sich der Freiheit, bis er jetzt von der Kriminalpolizei wieder aufgegriffen wurde. Er gibt zu, den Zettel geschrieben zu haben, um nicht mehr in die Erziehungsanstalt, sondern in ein Gefängnis zu kommen. Er wisse genau, daß er, wenn er auf Grund des eingestandenen Doppelraubmordes auf die Anklagebank gekommen wäre, als 18jähriger Mensch nicht zum Tode, sondern nur zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden wäre. Im Gefängnis wollte er dann die drei Jahre zubringen, die er noch in der Erziehungsanstalt hätte zurückbehalten werden können, und dann mit dem Beweis hervortreten, daß er nicht der Täter sein könne. Die Richtigkeit der Angaben des Zukowski soll nachgeprüft werden, obwohl die Behörde ihnen skeptisch gegenübersteht. Durch die Selbstbezichtigung wird der Doppelmord auf Rügen wieder in Erinnerung gerufen, dem im September v. J. der Pastor Bermehren und seine Frau zum Opfer fielen.

Die Tochter vergiftet? Auf dem Friedhof in Rixdorf wurde Sonnabend, wie Berliner Blätter berichten, die Leiche der 21jährigen Sängerin Else Schröder beschlagnahmt; sie ist die Tochter einer Witwe Schröder, gegen die ein Verfahren wegen Giftmordes schwebt. Else Schröder, die sich in Berlin als Sängerin ausgebildet hatte, lag mit ihrer Mutter wegen des vom Vater hinterlassenen Vermögens in Klage; plötzlich starb das Mädchen.

Sechzig Personen verwundet. Auf dem Stadtplatz in Castelnau, Departement Gers, wo Sonnabend Jahrmarkt stattfand, wurden durch scheue Rinder und Pferde etwa sechzig Personen verwundet, darunter acht schwer.

Die Tragikomödie der Wünschelrute. In den Zeiten des Bierboykotts kurz nach der Reichsfinanzreform hatten auch die Aktionäre einer Magdeburger großen Brauerei sorgenschwere Tage. Es ließ sich leider nicht mehr bestreiten, daß der Bierumsatz zunächst recht bedrohlich zurückging und sich für die Ausschüttung der Dividende die trübsten Aussichten eröffneten. Dazu kam noch eine andere, allerdings schon ältere Kalamität. Man war gezwungen, das für den Betrieb erforderliche Wasser von der städtischen Verwaltung zu entnehmen, da man selbst über kein Grundwasser verfügte. Das Hauptbuch wurde durch die Position „Wassergeld" natürlich sehr erheblich belastet. Doch was bis dahin kein Verstand der Verständigen sah, erkannte über Nacht eines Aufsichtsrats verhärmtes Gemüt. Auf dessen Anregung hin fand alsbald eine Sitzung des gesamten Aufsichtsrats statt, in der nach reiflicher Erwägung beschlossen wurde, sich mit Hilfe der Wünschelrute auf dem eigenen Grund und Boden Quell- oder Grundwasser zu beschaffen. So verschrieb man sich alsbald aus den Thüringer Landen einen als Wünschelruten-Wundermann in wunderbarem Ansehen stehenden Schäfer, der auch sofort angereist kam, seinem dreifach verschlossenen Koffer einen Gehrock und eine Wünschelrute entnahm und vor dem andachtsvollen Aufsichtsrate auf die Suche ging. Es dauerte auch nicht lange, und die Wünschelrute zeigte mit geheimnisvollem Zucken einen unterirdischen Strom an. Der Wundermann wurde mit hundert Talern künstlich honoriert und zog wieder heimwärts in sein Thüringer Waldgelände. Im Brauereigarten aber wurde ein Brunnen in die Tiefe getrieben, immer tiefer, bis man schließlich auf Grünsand stieß und dort — wie immer bei Grünsand — auf Feuchtigkeit, die sich zuletzt sogar zu einem Wassertümpel verdichtete. Als die Quellsucherei mit der Wünschelrute rund 10 000 Mk. gekostet hatte, stellte man sie aber doch ein, zahlt schweren Herzens Wassergeld an die Stadt weiter, und hat nur den einen Trost, daß die Konkurrenz im stillen — auch mit der Wünschelrute nach Wasser gesucht hatte.

Ein neuer Kommunalskandal in Offenbach a. M. Der Vorsteher des Invalidenversicherungsamtes Ripper, 49 Jahre alt, verheiratet und Vater von 8 Kindern, hat sich in der Nacht zum Sonnabend vor dem Portal des Friedhofes erschossen. Der in städtischen Diensten stehende Beamte hat Kautionen der Arbeitgeber für Auftragsleistungen an die Invalidenversicherung und Marken der Invalidenversicherung unterschlagen. Als eine unverhoffte Revision im Gange war, nahm er sich das Leben. Die Höhe der Unterschlagungen steht noch nicht fest, doch handelt es sich um Tausende.

Das wandernde Moor. Man schreibt dem „Hamb. Corresp." aus London: Eine eigenartige Katastrophe bedroht die Bewohner von Castlereagh im County Roscommon. Infolge heftiger Regen in den letzten Tagen hat sich ein Teil eines Moores, das etwa 800 Hektar umfaßt, in Cloonfellive losgerissen und bewegt sich unter riesigem Getöse auf die niedriger gelegenen Ortschaften zu. Wohnhäuser und ganze Farmen werden vom Moor aufgesogen, und die Einwohner, Männer, Frauen und Kinder, müssen unter Zurücklassung ihrer Habe fliehen. Der Distrikt ist von jeher bedroht gewesen, und die Einwohner, die von dem Ertrage des Ackerlandes, das sie mit Mühe dem Moore abgerungen haben, ein kärgliches Dasein fristen, leben während der Regenzeit in beständiger Angst. Mitten in der Nacht hörten sie das laute Geräusch von rauschendem Wasser und fanden, daß das Moor mit großer Geschwindigkeit herniederkam. Ihr erster Gedanke galt ihrem Vieh, das sie ins Freie trieben, und dann versuchten sie soviel wie möglich von ihren Haushaltungsgegenständen zu retten. Inzwischen hatte das Moor sich in riesige Öffnungen gespalten, aus denen Ströme von Wasser hervorstürzten, das Moor überschwemmte die Chaussee und vernichtete Häuser, Ställe und Ackerland. Glücklicherweise befanden sich zwei Ingenieure in der Nähe, die im Automobil herbeieilten und einen Kanal graben ließen, um das Wasser in den Fluß zu leiten und dessen Druck zu vermindern. Das Werk ist jedoch langsam und schwierig, und falls der Regen nicht aufhört, wird eine weit größere Katastrophe befürchtet.

Neuer Lawinensturz. Aus Vancouver (Britisch-Kolumbien) wird gemeldet: Beim Rogers Paß ereignete sich ein Lawinensturz, bei dem fünfzig Menschen ums Leben gekommen sind. Die Verschütteten gehörten zu einer Gruppe von 100 Arbeitern, meistens Japanern und Italienern, die gerade damit beschäftigt waren, die Gleise der Canadian Pacific-Bahn vom Schnee freizuschaufeln.

Ein Riesendiebstahl. Auf der sibirischen Station Krasnojark wurden Felle und Waren im Werte von über drei Millionen Rubel gestohlen.

Selbstmord eines sechsfachen Mörders bei der Verhaftung. Aus Helsingfors wird gemeldet: Der Bauernbursche Michailowitsch, der kürzlich in Björkö sechs Personen ermordete und eine große Summe raubte, ist in Helsingfors verhaftet worden. Der Mörder, der geständig war, behauptete, die geraubte Summe in einem bestimmten Hause niedergelegt zu haben. Als man ihn dorthin führte, gelang es ihm, sich in einem unbewachten Augenblick aus einem Fenster des fünften Stockwerks zu werfen. Er war sofort tot.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Lehrling im Anwaltsbureau

zu werden ist auch heute noch das Ziel Tausender junger Leute. Nach dem jetzt zu Ende gehenden Schuljahr werden sich viele Eltern für ihre Kinder um eine solche Lehrstellung im Anwaltsbureau bemühen. Sie seien darauf hingewiesen, daß sie ihre Kinder dann für mindestens 6 Jahre vollständig ernähren müssen. Denn früher kommt ein Anwaltsgehilfe kaum in die Lage, sich selbst zu ernähren. Dazu ist die Entlohnung zu gering. Außerdem ist die Zahl der Lehrlinge und jugendlichen Angestellten der Anwälte so groß, daß ein älterer Angestellter nur selten Beschäftigung findet. Die meisten müssen früher oder später zu einem anderen Beruf übergehen. Außerdem wird durch die am 1. April in Kraft tretende Reform des Verfahrens vor den Amtsgerichten eine Verminderung des Personals zur Folge haben. Viele werden entlassen werden. Die Zahl der Angestellten wird immer mehr zurückgehen, so daß niemand weiß, ob er in diesem Berufe noch weiter eine Existenz finden wird.

Alle Eltern seien daher dringend gewarnt, ihre Kinder in die Anwaltsbureaus zu geben. Weitere Auskunft erteilt bereitwilligst der Verband der Bureauangestellten, **Berlin**, Linienstraße 8.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Der grüne Kakadu". Groteske in 1 Akt von Arthur Schnitzler. Das Lachen erstirbt auf den Lippen . . . Wie ein Riesenvogel mit breit schattenden Schwingen gleitet er daher, schwebt er über einer Welt voll Frivolität und sündigen Genießens: der Tod. Sehen die Menschen das unheimlich dräuende Gespenst über ihnen nicht? Jagt sie die Verzweiflung in den Taumel der Sinne hinein? Oder suchen sie Betäubung ihrer Angst und ihres Gewissens? Sie scherzen mit fröstelndem Grauen, klammern sich gierig an das Leben, wo sie in bleichem Entsetzen fühlten, daß das Leben sich von ihnen löst . . .

Eine fieberheiße Zeit. Durch die Straßen von Paris schreitet die Revolution. Das Volk schickt sich zum Sturm auf die Bastille an. In der Spelunke Prospere versammelt sich allabendlich eine seltsame Gesellschaft: Schauspieler und Dirnen, die eine erlogene Welt voller Blut und Gemeinheit vorführen. Und seltsam das Publikum, das in perversem Gelüste sich an diesem Schauspiel ergötzt: die ersten Kreise der Hauptstadt, die adligen Damen und Herren, die ihren abgestumpften Nerven durch die Schauer dieser Darbietungen einen angenehmen Kitzel bereiten wollen. Sie alle wissen, daß hier gespielt wird. Der Wirt, der seinen glühenden Haß auf die Aristokraten hinter der Maske des Schauspielers verbirgt, die Darsteller, die nach Inspiration für sensionelle Verbrechen jagen, der Führer der Freiheitsbewegung, der sich als Komödiant verdingen möchte, wenn seine politische Laufbahn zu Ende ist, die Herzöge, Marquisen und Chevaliers, die den wirklichen Mörder, der sein Verbrechen ganz schlicht erzählen will, als Dilettanten zurückweisen. Sie spielen mit dem Tode, weil sie fühlen, daß der Tod mit ihnen spielt. Und aus diesem sinnlichen Traum voller Lüge und Ausschweifung weckt sie auf einmal die blutdampfende Gegenwart.

Eine kalt durchdringende Philosophie weht uns aus diesen mit blendender Technik gemalten Szenen entgegen. Das Leben ein Spiel, ein wirbelnder Tanz auf Gräbern. Die einzige reale Macht der Tod. Und aus dem bewußten Spiel mit dem Tode und dem dumpfen Entsetzen vor dem Ende ist das Lachen dieser Groteske geboren, das Lachen eines Skeptikers und Spötters, dem das Leben selbst zur großen Bühne geworden ist, ein Lachen, das kalt den Rücken überrieseln macht.

Gespielt wurde außerordentlich gut. Es würde wie eine Stillübung erscheinen, wenn jedem einzelnen Darsteller sein Lob besonders ausgesprochen werden sollte. Genug: das Groteske, das eigenartig Kühl-Leidenschaftliche dieser Moderduft aushauchenden Welt kam mit ungemein zwingendem Eindruck heraus. Und die lebendige Gliederung der Massen, der bunte Fluß der Szenen wie die Treue des Milieus sprachen ebenso für das Malerauge des Herrn Fuchs, wie für seine Gabe, dem künstlerisch Nachempfundenen in fast restloser Ausschöpfung Ausdruck zu geben. Der grüne Kakadu bedeutet eine der schönsten Talentproben für Herrn Fuchs als Regisseur. Im.

Spielplan der vereinigten Stadttheater

vom 8. bis 14. März.

Neues Stadttheater. Dienstag, 8. März: „Cavalleria rusticana", Oper von Mascagni. Hierauf „Der Bajazzo", Oper von Leoncavallo. 9. März: Letztes Gastspiel des Hofschauspielers Karl Grube: „Uriel Acosta", Tragödie von Karl Gutzkow. 10. März: „Götterdämmerung" Musikdrama von R. Wagner. 11. März: „Zar und Zimmermann", komische Oper von Lortzing. 12. März: „Die Journalisten", Lustspiel von G. Freytag. 13. März, nachm.: Vorstellung für die Arbeiter-Bildungsschule, „Moral", Komödie von Ludwig Thoma. Abends: „Der Graf von Luxemburg", Operette von Franz Lehar. 14. März: Gastspiel Ottilie Metzger vom Stadttheater in Hamburg. „Carmen", Oper von Bizet.

Stadthallen-Theater: Dienstag, 8. März: „Iphigenie auf Tauris", Schauspiel von Goethe. 10. März: „Das Konzert", Lustspiel von Herm. Bahr. 13. März: „Die Liebe wacht", Lustspiel von Caillavet und de Flers.

Aus den Witzblättern.

Der Gefeierte. Frau: „Was ist denn heute mit dem neuen Verein los?" — Mann: „Wir feiern das Gedächtnis Goethes!" — Frau: „Hat denn der so ein gutes Gedächtnis gehabt?"

Schlimme Nachwirkung. „Du siehst ja riesig verkatert aus!" — „Ach ja, ich habe nämlich vor drei Wochen Sekt getrunken!" — „Aber das kann doch heute keine Kopfschmerzen mehr machen!" — „Doch! Heute soll ich ihn bezahlen!"

Literarisches.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 23. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Das neue Scheusal. — Nach den Wahlen in England. Von Th. Rothstein. — Die deutschen Gewerkschaften am Kreuzweg. Von August Bringmann (Hamburg). — Der Kongreß von Nimes. Von Ch. Rappoport (Paris). — Zur Arbeitsnachweisfrage. Von Richard Seidel. — Litterarische Rundschau: Professor Dr. G. v. Below, Das parlamentarische Wahlrecht in Deutschland. Von M. N.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3.25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeitz ur Verfügung.

Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1863 bis 1909, bearbeitet von Wilhelm Schröder, komplett in 18 Lieferungen a 30 Pfg. zu je 32 Seiten. Verlag von G. Birk u. Co. m. b. H., München. Soeben ist die 5. und 6. Lieferung des Handbuches erschienen. Es werden darin behandelt: Elsaß-Lothringen. — Finanzwesen der Partei. — Fleischnot. — Frauen-Agitation. — Frauen-Konferenzen. — Frauen-Organisation. — Frauen-Wahlrecht. — Freie Stunden (Zeitschrift). — Fremdwörtergebrauch. — Friedensbestrebungen. — Genossenschaftswesen. — Geschäftsordnung der Parteitage. — Geschlossene Sitzungen des Parteitages. — Gesindeordnungen. — Gewerbegerichte. — Gewerbeordnung. — Gewerbeinspektion. — Gewerkschaftsbewegung. Eine ausführliche Behandlung erfahren die Frauenbewegung, die Finanzen der Partei und die Gewerkschaftsbewegung. Sie, wie die anderen Artikel enthalten eine vorzüglich verwendbare Zusammenstellung des Materials.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck